

Supportmagazin aus Hamburg
Nummer 185 // März/April 2015

Frankfurt is calling ...

NO TROIKA

Vorwort

Hallo.
Was geht?

Was gut ging, war auf jeden Fall die Intervention gegen die AfD! Lob und Anerkennung an die nächtlichen Zekken, die fleißig Werbeplakate wegräumten und Wohnhäuser markierten!
So dass das Jammern groß war.
Die Bürgerschaft ist nun Rot-Grün dominiert und wir werden uns weitere 5 Jahre mit Olaf Scholz ärgern müssen. Andererseits ist das auch ganz praktisch, wir wissen ja, wo er wohnt.

Was gar nicht geht, ist die auf allen Flächen und Zeitungen grinsende Olympia-Werbung! „Feuer und Flamme" wollen wir auch! Feuer und Flamme der Abschiebemaschinerie, Feuer und Flamme den Bullenwachen, Feuer und Flamme am Lagerfeuer, Feuer und Flamme auch gegen Olympia in Hamburg/Berlin, Feuer und Flamme …

Eine neue Zeitschrift ist erschienen, die wir in diesem Heft kurz vorstellen. Wir haben einen Artikel daraus abgedruckt, weil er sich auf die Bleiberechtskämpfe in Hamburg und Berlin bezieht und Fragen sowie Vorschläge zu gemeinsamen Interventionen aufwirft.

Eine Stellungnahme zu Kobane haben wir vom „viertellinken" zugesendet bekommen. Wir drucken sie ab, teilen aber die Argumentation nicht, bzw finden wir zum Teil falsch.

Auf der Baustelle in der Flora geht es weiter voran, kommt vorbei, schließt euch den Arbeitenden an! Der Sommer wird großes bringen.

Ein lieber Gruß geht raus an unsere Schwestern Zeitungen: Autonomes Blättchen, Swing, Interim und co. Schön das es auch euch noch gibt. Und an alle Leser innen: Support your local Infozeitung!

Wir sehen uns in Frankfurt:
eure Zecken

Ps.: Wie immer Texte bis zum 20. April, bis dann.



Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote   ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im   örderabo für   0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

KURZES

Erklärung der Recherchegruppe zur Sitzung des Innenausschuss vom 07.01.15

In einer weiteren Sitzung des Innenausschusses der Hamburger Bürgerschaft am 07. Januar zum Einsatz der verdeckten LKA-Beamtin Iris Plate in der Hamburger linken Szene zwischen 2001 und 2006 wurde deutlich, dass der Einsatz selbst nach polizeiinternen Vorgaben und Regelungen offensichtlich rechtswidrig gewesen ist. Die politische Aufarbeitung des Einsatzes der verdeckten LKA- Ermittlerin Iris Plate alias „Iris Schneider" durch die Innenbehörde und die Polizeiführung ist dabei nicht von der behaupteten rückhaltlosen Aufklärung geprägt. Stattdessen wird in einer durchschaubaren „Salamitaktik" immer nur so viel offen gelegt, wie aufgrund des öffentlichen Drucks nötig.

Dazu behaupten Polizei- und Behördenvertreter, hier würde eine polizeiliche Praxis aufgearbeitet, die zeitlich lange zurükkliege und die gegenwärtigen Verantwortlichen nicht beträfe. Wir hingegen sind davon überzeugt, dass gegenwärtig noch immer politische Zusammenhänge der linken Szene in Hamburg durch die Polizei rechtswidrig mit geheimdienstlichen Methoden überwacht werden.

Wie wenig Wille für eine tatsächliche Aufklärung der Umstände des Einsatzes von Iris Plate besteht, zeigen die ständig notwendigen Korrekturen von Polizei und Innenbehörde über die Fakten und Hintergründe des Falls.

In der Innenausschusssitzung vom Dezember 2014 wurde behauptet, Befragungen der damals am verdeckten Einsatz beteiligten Beamt_innen hätten ergeben, dass es keinen dienstlichen Auftrag und keine Kenntnis über ein Engagement von Plate im Radiosender „Freies Senderkombinat" (FSK) gegeben habe. In der Sitzung vom 07.01.15 wurde nun zugegeben, dass eine zweite Befragung gegenteilige Erkenntnisse ergeben hätte. Man habe nicht nur Kenntnis von Plates redaktionellen Mitarbeit im FSK gehabt, sondern dies zum einen zur Aufrechterhaltung der Legende ausdrükklich gebilligt und zum anderen allgemeine Erkenntnisse aus dieser Mitarbeit innerhalb der Aufgabenwahrnehmung als „Beamtin für Lageaufklärung" (BfL) genutzt. Es erscheint absolut lebensfremd, dass dieser Umstand erst durch eine zweite Befragung ans Licht kam. Vielmehr hat der öffentliche Druck und die fortgesetzte Presseberichterstattung unseres Erachtens dafür gesorgt, dass die Verantwortlichen in dieser Frage die Flucht nach vorne angetreten haben.

Die Behauptung hinsichtlich der Tätigkeit der LKA-Beamtin Plate als verdeckte BfL'in sei rechtlich durch die gesetzlichen Bestimmung gedeckt gewesen, hat sich als offensichtliche und bewusste Lüge erwiesen. Zunächst erklärte nämlich der Innenbehördenverteter Krösser in der gestrigen Ausschusssitzung, man habe insgesamt 68 Sachberichte, die das LKA im Rahmen der Zusammenarbeit an das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt habe, der LKA-Beamtin Plate als Autorin zuordnen können. Sie habe diese Berichte in ihrer Eigenschaft als BfL'in erstellt, woraus sich ergibt, dass sie gemäß den rechtlichen Vorgaben keine personenbezogenen Daten hätte erheben dürfen. Nach dieser Darstellung Krössers stellte die Vertreterin des Datenschutzbeauftragten allerdings klar, dass eine von ihr erfolgte Inaugenscheinnahme genau dieser Dokumente ergeben hat, dass in diesen Berichten sehr wohl in erheblichen Umfang personenbezogene Daten enthalten sind. Neben Klarnamen enthielten diese Berichte so konkrete Angaben, dass diese auf Personen bezogen werden könnten und damit die formalen Rechtsgrundlagen für den Einsatz als BfL'in nachweisbar missachtet wurden. Zudem wies der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Caspar darauf hin, dass es schwerwiegende Hinweise darauf gibt, dass das verfassungsgemäße Gebot der Trennung von Geheimdienst und Polizei unzulässig aufgeweicht wurde und die rechtmäßigkeit des Einsatzes grundsätzlich in Frage steht.

Es scheint, dass die von Innensenator Neumann (SPD) verteidigte „List und Tücke" verdeckter Ermittlungen auch auf den Aufklärungswillen der Innenbehörde und Polizei zutrifft. Fintenreich wird eine umfassende Aufdeckung der Umstände des Einsatzes der LKA-Beamtin Plate verhindert. Die öffentlich zur Schau getragene angebliche selbstkritische Aufarbeitung ist eine Farce!

So werden auch die behördlichen Legenden, die verdeckte arbeitende LKA-Beamtin Iris Plate habe regelhaft nur in Ausnahmefällen private Wohnungen betreten ebenso wenig zu halten sein, wie die Behauptung, ihre Aufgabenwahrnehmung als BfL'in und als verdeckte Ermittlerin seien jederzeit scharf getrennt gewesen.

Um abschließend einem Missverständnis vorzubeugen: wir glauben nicht daran, dass hier einmalig „etwas aus dem Ruder" gelaufen ist. Vielmehr drückt sich in dem aktuellen Fall der fortdauernde politische Wille der Repressionsbehörden aus, sich noch nicht mal an eigene Gesetze zu halten. Man hofft darauf, einfach nicht dabei erwischt zu werden.....

Hamburg, 08.01.2015

##################################

Wutzrock Politzelt

Verfasst von: POLITZELT AUF DEM WUTZROCK-FESTIVAL IN HAMBURG. Verfasst am: 03.02.2015 - 17:29. Datum: Freitag, 24. Juli 2015 - 17:00.

Auch in diesem Jahr wird es auf dem Wutzrock wieder ein Politzelt geben, bei dem ihr eure Inhalte einbringen könnt! Das Wutzrock ist ein selbstorganisiertes unkommerzielles Open-Air-Festival, das seit 1979 jedes Jahr ca. 5000 BesucherInnen pro Tag anzieht. Dieses Jahr findet es am Wochenende vom 24. - 26. Juli 2015 bereits zum 37. Mal statt. Neben Konzerten, Poetry-Slam, Kinderzelt u.v.m. wird es auch wieder ein Politzelt an der Hauptbühne geben, das für alle Strömungen der links-emanzipatorischen und revolutionären Bewegung offen ist. Es bietet euch wieder die Gelegenheit eure politischen Inhalte in Form von Infomaterialien, Stellwänden, Filmen, Ausstellungen etc. einem großen und breiten Publikum nahezubringen. Bei Interesse schreibt uns bis zum 01. April 2015, was ihr euch vorstellen könnt zu machen, an: politzelt@wutzrock.de

##################################

Infoabend zur geplanten Unterkunft für minderjährige Refugees

Heute (24.02) fand im Volkshaus Berne ein Infoabend zur geplanten Unterkunft für minderjährige Refugees statt. Eingeladen hatte die Sozialbehörde Wandsbek.

Nachdem sich im Vorfeld bekannte Rechte aus Farmsen, Berne und den umliegenden Stadtteilen angekündigt hatten, folgten etwa 100 Antifaschist_innen dem Aufruf zu einer gemeinsamen Anreise. Zusätzlich waren Aktivist_innen aus dem Stadtteil anwesend. Die Rechten machten ihre Ankündigung nicht wahr und ließen sich lange nicht blikken. Erst nachdem die Veranstaltung bereits halb vorbei war, tauchten vier junge Nazis aus dem Stadtteil auf. Sie wurden nach wenigen Minuten von der Polizei zurück zum Bahnhof begleitet.

Andreas Schacht, der bereits in den letzten Monaten durch rassistische Umtriebe aufgefallen ist, bekam vom Veranstalter ein Hausverbot und von der Polizei einen Platzverweis ausgesprochen.

Vor und nach der Veranstaltung konnten wir an viele Anwohner_innen Flyer verteilen und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Von den über 350 Menschen, die an der Veranstaltung teilnahmen, sprachen sich viele für einen solidarischen Umgang mit den Geflüchteten aus.
Leider konnten nicht alle Interessierten an der Veranstaltung teilnehmen, da die zahlreichen Polizist_innen vielen Menschen den Zugang verwehrte, die sie ins linke Spektrum einordnete.
Auch wenn wir das Ausbleiben größerer rechter Aktionen als Erfolg gewertet werden kann, werden wir die weiteren Entwicklungen in der Region beobachten müssen.
In Hamburg sagt man Moin - Refugees Welcome!

###################################

»Antifa-Wandertag - MVGIDA ein Ende setzen!«

Was als ROGIDA in Güstrow mit einem Haufen betrunkener Neonazis und Anzeigen wegen Hitlergrüßen begann, hat sich unter dem Label MVGIDA zu einer wöchentlichen Nazidemonstration, abwechselnd in Schwerin und Stralsund, entwickelt. Der feine Unterschied...
Anders als bei den PEGIDA-Märschen in Dresden bleiben rassistische Bürger_innen zwar zu Hause, dafür zeigen sich Nazis aus dem Umfeld von Kameradschaften, NPD-Abgeordnete, Reichsbürger_innen und 90er-Jahre Skinheads mal ganz ungehemmt - und immer noch betrunken. Im Gegensatz zu anderen Städten, in denen GIDA-Aufmärsche stattfinden, ist es bisher aber in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht gelungen, diese zu blockieren. Woche für Woche machen sich Antifaschist_innen auf den Weg. Allerdings sehen sie sich einem Polizeiaufgebot ausgesetzt, dessen einziges Interesse die Durchsetzung des Naziaufmarsches und die Kriminalisierung der Gegenproteste ist.

One more time...

Neonazis, ob nüchtern oder betrunken, kotzen uns an! Wenn sie dann auch noch im nationalen Taumel zu Hunderten durch die Straßen ziehen und rassistische Parolen schreien, werden wir das ganz sicher nicht als Normalzustand akzeptieren. Genausowenig werden wir uns damit abfinden, dass die Polizei in Schwerin oder Stralsund zeitweise nationalbefreite Zonen durchsetzt. Wir wissen: weder von Polizei noch von anderen staatlichen Institutionen ist Unterstützung zu erwarten, also müssen wir selbst für das Ende von MVGIDA sorgen. Unterstützen wir die Menschen, die sich seit Wochen den Nazis und der Polizei entgegenstellen, und beenden wir den Quatsch! Kommt am 09.03. nach Schwerin! Bildet Banden! Antifa in die Offensive!

###################################

Neupack: Jetzt schlägt's 13! Schwarzer Freitag für Familie Krüger

Freitag der 13. als regelmäßiger Aktionstag gegen Horror-Jobs & Anwälte des Schreckens | Erstes Ziel: Neupack und Milram
Die Initiative aktion./.arbeitsunrecht ruft dazu auf, das Datum "Freitag der 13." in einen regelmäßigen Aktionstag zu verwandeln. Wir wollen damit gegen skandalöse Arbeitsbedingungen, undemokratische Firmenkultur und Union Busting-Methoden vorgehen. (...)
Dabei soll es um Horror-Jobs, Anwälte des Schreckens und Staatsanwalts-Mumien gehen (die nur im äußersten Notfall gegen kriminelle Unternehmer ermitteln, aber immer rege aktiv sind, wenn es gegen Schwarzfahrer, Ladendiebe und Linksradikale geht).
Der erste Aktionstag wird am Freitag, den 13. März 2015 stattfinden und soll die Hamburger Besitzer des Plastik-Becher-Produzenten Neupack ansprechen.

Nightmare in Stellingen und Wümme: Familie Krüger schlägt zurück

Die Unternehmer-Familie Krüger und ihr berüchtigter Geschäftsführer Arne Höck versuchen derzeit, den Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzenden Murat G. mit verschiedenen Methoden zermürben und aus dem Betrieb entfernen. Dazu gehört eine Welle aus konstruierten und substanzlosen Kündigungen und Bespitzelung durch Detektive.

Hintergrund:

Die Belegschaft hatte mit der Gewerkschaft IG BCE von November 2012 bis Januar 2013 für einen Tarifvertrag gestreikt. Inzwischen ist Murat achtmal gekündigt worden und muss sich langwierigen Arbeitsgerichtsprozessen unterwerfen. Unserer Einschätzung nach handelt es sich um bösartig konstruierte Vergeltungsmaßnahmen.

Was tun?

Druck auf die Marke Milram ausüben
Wir rufen dazu auf am Freitag, den 13. März 2015 vor Supermärkten gegen die Arbeitsbedingungen bei Neupack zu protestieren und kritische Kundeninformationen zur Marke Milram zu verbreiten.
Offenbar hat es keinen Sinn, an die Vernunft oder die Ehre der Familie Krüger zu appellieren. Dass Jens und Lars Krüger inzwischen bundesweit als feudalistische Firmen-Patriarchen, Ausbeuter und Union Buster verrufen sind, scheint diese nicht weiter zu stören. Wir werden daher den Hebel anderswo ansetzen:
Die genossenschaftliche Großmolkerei Deutsches Milchkontor GmbH (DMK, siehe Unternehmensinfo) ist ein Haupt-Abnehmer von Neupack-Produkten. Zu ihren selbsterklärten Unternehmenszielen gehört: "Als Gemeinschaft von Milcherzeugern und Mitarbeitern wollen wir Top-Molkerei und Top-Arbeitgeber in der Lebensmittelindustrie sein […] Ausschlaggebend dafür ist die Unternehmenskultur. DMK steuert gezielt die Fragen des Miteinanders und lebt Werte vor, die einem respektvollen und freundlichen Miteinander aller dienen." (Quelle: DMK-Website)
In diesem Sinne dürfte DMK eigenlich keine Plastik-Schalen von Neupack beziehen.
Die Marke Milram. Sie gehört zu DMK. Milram-Quark und Milram-Käse sind ein Haupt-Aushängeschild der DMK.
Einzelhandelsketten, die Milram-Produkte anbieten müssen sich kritische Fragen gefallen lassen. Wir fordern sie auf, Milram-Produkte aus dem Sortiment zu nehmen, bis sicher gestellt ist, dass Milram nicht auf Hersteller zurück greift, die mit schmutzigen Methoden gegen Gewerkschafter und Betriebsräte vorgehen.
Die Kanzlei Taylor Wessing vertritt die Zermürbungs-Methoden von Neupack in Person von Marc Müller vor Gericht. Deren Arbeitsrechtsabteilung ist weltweit aktiv. Auch sie sollte von Kritik und Protest nicht ausgespart bleiben.
Mehr Infos: http://arbeitsunrecht.de/jetzt-schlaegts-13-schwarzer-freitag-fuer-neupack/

###################################

Repression aufgrund der Besetzung in der Breiten Straße – ein Update

Seit kurzem sind die Anklageschriften der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der letzten Hausbesetzung in der Breiten Straße in Hamburg raus. Das Konstrukt der Ermittlungsbehörden des gemeinschaftlich versuchten Totschlags bleibt bei drei Beschuldigten weiter bestehen. Durch dieses Konstrukt wurde die U-Haft gegen drei der Beschuldigten, die eindeutig politisch gewollt ist, juristisch gerechtfertigt. Der Vorwurf zeigt deutlich wie hoch dieses Verfahren nach wie vor gehängt wird und auch, dass für die Betroffenen Freiheitsstrafen auf dem Spiel stehen. Bei den anderen lauten die Anklagen auf gefährliche Körperverletzung. Mittlerweile ist klar, dass die Verfahren zusammengezogen und damit zusammen verhandelt werden. Die ersten Verhand-

lungstage sind für August diesen Jahres angesetzt. Die gesamte Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden macht deutlich, dass das Interesse der Anklage an diesem Prozess nicht nur juristisch, sondern vor allem auch politisch motiviert ist.
Wie seit einiger Zeit öffentlich bekannt ist sitzt im Zusammenhang mit der Besetzung in der Breiten Straße in Hamburg aktuell eine Person in U-Haft. Zwei andere Personen die in diesem Zusammenhang in U-Haft saßen sind nach wie vor draußen. Einer wurde nach der ersten Haftprüfung entlassen, der andere erst nach ca. 4 Monaten und einer weiteren Haftprüfung. Diese Entlassung war an Auflagen gekoppelt. Alle Beschuldigten haben Bescheide zur DNA-Abgabe erhalten und allen wurde trotz juristischen Widerspruchs mittlerweile DNA zwangsweise abgenommen.
DNA-Entnahme stellt immer einen massiven Angriff auf persönliche Selbstbestimmung und die krasse Beschneidung individueller Freiheiten dar. Seit 1997 ist in Deutschland DNA als Beweismittel im Strafprozess zulässig und darf seit 1998 in Datenbanken gespeichert werden. 2013 verfügte die entsprechende BKA-Datei bereits über mehr als eine Million Datensätze. Das bedeutet, dass nach einmaliger DNA-Abgabe diese gespeichert bleibt und darauf zukünftig immer wieder zurückgegriffen wird. Spätestens damit wird klar, dass es sich bei DNA-Entnahme und Speicherung um den Versuch massiver Einschüchterung und Kontrolle durch Repressionsorgane handelt, dem mensch sich nicht unwidersprochen beugen sollte. Juristischer Widerspruch gegen eine Anordnung zur DNA-Entnahme stellt dabei nur eine Möglichkeit dar sich der Kontrolle durch den Staat nicht passiv hinzugeben. Beispielsweise konnten fünf von sechs Beschuldigten in einem Verfahren im Zusammenhang mit dem antimilitaristischen Camp gegen das GÜZ 2012 erfolgreich der DNA-Entnahme entgehen, da die Abnahme rechtlich nicht durchgesetzt werden konnte. Die Kombination aus nicht Erscheinen zum angeordneten Termin und juristischem Widerspruch führte letztlich dazu, dass es der sechsten Person gelang sich monatelang zu widersetzen bis die Maßnahme gewaltsam durchgesetzt wurde. Am 14. April wird nun nach zwei Jahren der erste Prozess in diesem Verfahren beginnen (vgl. http://dna-sammelwahn.noblogs.org/).
Auch wenn es nicht immer zum Erfolg führt, geht es darum es den Ermittlungsbehörden so schwer wie möglich zu machen und auch darum sich diesem Aspekt von Fremdbestimmung nicht einfach hinzugeben, sondern etwas entgegenzusetzen. Wie andere Formen politischer Repression zielt auch DNA-Entnahme auf Einschüchterung und Vereinzelung ab. Dem gilt es Solidarität entgegenzusetzen. Auch wenn es bisher nur einzelne sind, die DNA abgeben müssen betrifft es uns alle. Es geht nicht nur darum sich im konkreten Fall auseinanderzusetzen, sondern darum sich dem politischen Prinzip der Freiheitsbeschneidung zu widersetzen.
Im Zusammenhang mit der Besetzung in der Breiten Straße, bedeutet die Entnahme von DNA eine Ausweitung der laufenden Ermittlungen und zeigt deutlich wie groß das Interesse daran ist die Beschuldigten zu überführen.
Wir müssen davon ausgehen, dass die Ermittlungen nicht abgeschlossen sind. Daher ist es nach wie vor wichtig aufmerksam und vorsichtig zu sein.
Lasst die Beschuldigten nicht alleine. Denn es gibt viele Gründe sich mit ihnen aber auch der Praxis von Hausbesetzungen und dem aktiven Widerstand gegen die Herrschafts-Verhältnisse und ihre Schützer_innen zu solidarisieren. Lassen wir nicht Polizei-Konstrukte und Repression unsere Solidarität bestimmen.
Solidarität und Widerstand gegen Staat und Repression!

##################################

Alteingesessenes Landprojekt in ständiger Bewegung

8 Menschen zwischen Punk, Queer, Rente, Feminismus, D.I.Y., Hartz IV, Subkultur, linker bis linksradikaler Politik, Wagenplatz … mit selbstverwaltetem Gasthof und Tagungshaus im Wendland suchen neue Mitstreiter*innen.
Kontakt: gasthof@meuchefitz.de

##################################

Aktuelle Baustelle Flora

Gut ein Jahr wurde in der ehemaligen VoKü gemauert, verschalt und Beton vergossen. Mittlerweile gibt es wieder Licht in allen Räumen und die Gestaltung der Decken, Wände und des Bodens schreitet voran. Nach wie vor gibt es aber noch jede Menge zu tun.
Wir bauen jeden Sa. und So. ab 13.00 Uhr – kommt rum und macht mit! Egal was, jede helfende Hand bringt uns weiter.
http://florabaut.noblogs.org/

##################################

DAS LADY*FEST…

…in Lüneburg ist eine feministische, selbstorganisierte und nicht kommerzielle Veranstaltung, welche in der Tradition der Ladyfeste/LaDIYfeste steht, die sich gegen eine patriarchale und zweckmäßig geprägte Kulturindustrie richtet und die die Aufmerksamkeit auf Kreativität, Vernetzung und Selbstermächtigung der Teilnehmenden legt.
…soll feministisch, queer, gegen Homophobie und Trans*phobie, gegen Doing Gender und für das Aufbrechen von Normen, unkommerziell, antikapitalistisch und selbstbestimmt sein. Wir wollen uns mit (eigenen) Rassismen auseinandersetzen, Heteronormativität und Zweige-schlechtlichkeit in Frage stellen und Schönheitsidealen ein starkes Selbstbewusstsein entgegenstellen.
…ist ein unkommerzielles, 'Do it yourself' (DIY)-Festival. Es wird von feministischen Aktivist_innen auf freiwilliger Basis organisiert. Es ist ein Mitmach- und ein Gemeinschaftsfestival! Das DIY verstehen wir als Organisationsmodus. Wir wollen mit euch gemeinsam etwas auf die Beine stellen, um gegen die diskriminierenden Strukturen, die uns alltäglich umgeben, zu intervenieren. Daher wollen wir kein fertiges Konzept präsentieren, das nur noch konsumiert werden muss. Wir möchten sowohl bei den Teilnehmer*innen als auch innerhalb des Orgateams einen inhaltlichen Lernprozess anstoßen. Dabei sind uns Selbstorganisation und die Einbindung der Teilnehmer*innen wichtig.
…soll einen Raum bieten, um sich zu vernetzen, um Wissen, Können, Ideen, Experimente, Solidariät und gemeinsame Visionen zu teilen – sowie die Energie, die entsteht, wenn sich Menschen an einem Ort zusammentun.
Wir verfolgen den Anspruch, einen Raum zu schaffen, in dem sich FLTI* sicher und wohlfühlen, können aber nicht FLTI* ONLY zu allen Zeiten garantieren.

Wir richten unsere Einladung explizit an FLTI*, da wir feministische Standpunkte und Sichtweisen bestärken wollen. Gleichzeitig möchten wir keine Personen ausschließen, die sich den feministischen Grundgedanken des lady*festes verbunden fühlen – weshalb es sein kann, dass bei manchen Workshops (jenen, die nicht als FLTI* ONLY gekennzeichnet sind) oder bei den Abendveranstaltungen auch Cis-Männer teilnehmen, bzw. anwesend sind. Wir möchten einen respektvollen Umgang miteinander finden, so dass alle ein bestärkendes schönes Fest geniessen können. Hierbei bauen wir besonders auf euch!

Mehr dazu:
https://ladyfestlueneburg.wordpress.com

Hamburg: Never mind the Papers! – 8000 Menschen für ein Recht auf Stadt für alle

Am Samstag, den 31. Januar, gingen bis zu 8000 Menschen für Solidarität mit Geflüchteten und gleiche Rechte für alle in Hamburg auf die Straße. Unter dem Namen „Recht auf Stadt – Never mind the Papers“ hatte sich im November ein neues Bündnis gegründet mit dem Ziel im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl, die am 15. Februar stattfinden, die Themen Bleiberecht, Wohnraum, Arbeitserlaubnis und ausreichende medizinische Versorgung für alle stark zu machen.

Die heutige Mobilisierung steht vor dem Hintergrund des mittlerweile knapp zwei Jahre andauernden Kampfes der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Der Hamburger SPD-Senat hatte die Forderungen der vor dem Krieg in Libyen Geflüchteten konsequent ignoriert, so dass die Situation für viele der rund 300 Menschen bis heute ungeklärt bleibt. Das einzige Angebot der Hamburger Regierung, sich individuell in ein Asylverfahren zu begeben, nahmen nur wenige von ihnen an – mit der Folge, dass sie ihre italienischen Dokumente abgeben mussten und eine Abschiebung nach Afrika riskieren. Die Mehrheit fordert weiterhin ein Gruppenbleiberecht. Mittlerweile leben laut des Zusammenschlusses „Solidarisch Wohnen“ rund 130 der Refugees in Wohnprojekten, in denen sie von solidarischen Hamburger_innen aufgenommen wurden.

Um den Kampf der Lampedusa-Gruppe einerseits mit den Anliegen anderer Geflüchteter, die u.a. in mehreren überfüllten Aufnahmelagern in Hamburg leben müssen, und andererseits mit den sozialen Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum zusammenzuführen, gründete sich im November 2014 das Bündnis „Recht auf Stadt – Never mind the Papers“. Dabei geht es darum, für einen Zugang zu öffentlichen Gütern unabhängig von Aufenthaltsstatus und Ausweispapieren, aber auch gegen die alltägliche Praxis von Abschiebungen einzutreten. Von antirassistischen Solidaritätsinitiativen über Gewerkschaftsjugenden, ASten, Recht-auf-Stadt-Initiativen bis zu linksradikalen Gruppen kam in der Vorbereitung ein heterogenes Bündnis zusammen.

Mit einer Kundgebung zum SPD-Parteitag trat das Bündnis im Dezember zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. In den folgenden Wochen wurde beispielsweise die Frage des Zugangs zu Wohnraum für Geflüchtete und Wohnungslose mit einer satirischen Aktion vor der Geschäftsstelle des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA/GWG thematisiert. (Die SAGA ist durch ihre Vergabepolitik mit dafür verantwortlich, dass viele Geflüchtete nicht aus den Aufnahmelagern in Wohnungen umziehen können.) Das Bündnis beteiligte sich außerdem an einer „Refugees Welcome“-Demonstration in Lübeck am 17. Januar, organisierte eine Solidaritätsparty und startete eine große Mobilisierung für eine eigene Demo am 31. Januar. Ende Januar unterstützten schließlich 94 Gruppen, Initiativen und Organisationen den Aufruf.



Die lautstarke Demo am Tag selbst überstieg die erwartete Teilnehmer_innen-Zahl um ein Vielfaches und zog mit drei Lautsprecherwagen von den Landungsbrücken am Hafen durch die Innenstadt bis zum Rathausmarkt. Die Gewerkschaftsjugend war mit einem eigenen Block „Working Class never mind the Papers“ präsent. Außerdem gab es einen Jugendblock sowie einen kleinen Kinderblock. Trotz massivem Polizeiaufgebot konnten viele Menschen, die in der Stadt unterwegs waren, erreicht werden. Am Rande der Route wurden Banner von Häuserwänden entrollt, Konfetti wurde geworfen und Feuerwerk gezündet. Mit dabei war auch eine „rollende Wahlkabine“ des Schwabinggrad-Ballett. Dieses hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, Briefwahlunterlagen mit zur Demonstration zu bringen um sie Menschen zur Verfügung zu stellen, die nicht wahlberechtigt sind. Denn: „So kann die Menge der Wahlstimmen vermehrt werden durch die anonyme Übertragung in der rollenden Wahlkabine an jemand, der noch nicht das allgemeine und freie Wahlrecht hat.“ Diese hatten vor Ort die Möglichkeit ihre Stimme abzugeben.

Zwei Wochen vor den Hamburger Wahlen wurde mit der Demonstration jeder künftigen Regierungspartei klar gemacht: Politik gegen Geflüchtete wird in dieser Stadt auch weiterhin auf massive Proteste stoßen! Die Forderungen der Lampedusa-Gruppe können vom Senat nicht weiter ausgesessen werden! Dies unterstrich die Gruppe selbst zudem vor wenigen Tagen mit einem Offenen Brief an die Grünen. Letztere haben sich zwar in ihrem Wahlprogramm für die Unterstützung der Lampedusa-Gruppe ausgesprochen – ob und inwieweit sie als möglicher zukünftiger Koalitionspartner der SPD nach der Wahl an ihren Versprechen festhalten werden, ist aber noch lange nicht ausgemacht und wird letztlich auch vom gesellschaftlichen Druck auf sie abhängen.

Deshalb ist es umso wichtiger, den Druck auf die politischen Parteien auch nach der heutigen Demonstration aufrechtzuerhalten. Auch vor dem Hintergrund eines bundesweit erstarkenden Rechtspopulismus (AfD, Pegida) gilt es, migrantische Kämpfe und Selbstorganisierung durch aktive Solidarität zu unterstützen und antirassistische Forderungen stark zu machen.

IL Hamburg

[RZ] Brandanschlag auf eine Asylunterkunft



Am Montagmittag, den 09. Februar 2015, haben Unbekannte kurz nach 13.00 Uhr einen Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in der Gemeinde Escheburg im Kreis Herzogtum Lauenburg verübt. Eine rassistisch motivierte Tat ist wahrscheinlich.
Die Gemeinde Escheburg hat nach eigenen Angaben über 300.000 Euro für den Kauf der Doppelhaushälfte eines Holzhauses investiert, in der gestern Geflüchtete aus dem Irak einziehen sollten.

Die Unterkunft liegt in einem Neubaugebiet, in dem von der Zufahrtsstraße enge Einfahrten zu den jeweils links und rechts liegenden Häusern abgehen. Die Grundstücksgrenzen der einzelnen Häuser sind fließend. Kleine Vorgärten und wenig Stellfläche für PKWs prägen das Wohngebiet. Kinder spielen auf der Straße, junge Eltern gehen ihrem Alltag nach. Man ist aufmerksam, als wir uns gestern, einen Tag nach dem Anschlag, am Ort des Geschehens ein Bild von der Lage machen wollen. Wir werden mehrfach gefragt, was wir hier zu suchen hätten oder welchem Anliegen wir nachgehen würden. Fenstergardinen werden beiseite geschoben, eine Haustür wird ein Spalt weit geöffnet. Wir werden beobachtet.

Sichtlich genervt werden wir von einem Bewohner zwei Häuser neben der Unterkunft angesprochen, ob er uns weiterhelfen könne. Er selber macht kein Hehl aus seiner rassistischen Einstellung gegenüber der Flüchtlingsunterkunft. Er berichtete, dass Anfang letzter Woche „aufmerksame Nachbarn“, welche direkt gegenüber der Unterkunft leben, Handwerker_innen aus dem Haus gehen gesehen haben. Auf Nachfrage wird klar, dass dort eine Unterkunft für Geflüchtete entstehen soll. Die Nachricht soll sich wie ein Lauffeuer durch das Dorf verbreitet haben. Protest formierte sich. Noch in der selben Woche beteiligten sich aufgebrachte Anwohner_innen an der Bürgersprechstunde der Gemeinde. Die rassistische Hetze findet hier erstmals öffentlich ihren Ausdruck. Bürgermeister Rainer Bork von der Escheburger Wählergemeinschaft steht unter Druck. Er soll persönlich wenige Tage später das Gespräch mit Anwohner_innen vor Ort gesucht haben. Es soll ihm um „Schadensbegrenzung“ gegangen sein; die Meinung vieler Anwohner_innen steht jedoch fest: „Die Entstehung einer neuen Asylunterkunft, führt zu einem Wertverlust der örtlichen Immobilien“, „Die Sicherheit der Kinder vor Ort kann nicht gewährleistet werden“, „Die Kriminalität in der Gemeinde wird steigen“ und generell habe man „zu hart dafür gearbeitet sich hier vor Ort ein Eigenheim aufzubauen, um es sich nun vom Fremden kaputt machen zu lassen“. Seine Ausführungen und seine Einstellung wird nochmals unterstrichen mit der Aussage, „dass an sich nur die Jalousien gebrannt haben sollen, man solle die Kirche im Dorf lassen“. Auf Nachfrage, ob er als anliegender Nachbar des Brandorts Erkenntnisse hat, wer die möglichen Täter_innen gewesen sein könnten, schweigt er. Die Frage scheint unbequem zu sein, seine Frau ruft ihn plötzlich rein: Es gibt Essen.
Eine weitere Nachbarin hört das Gespräch aufmerksam mit, sie widerspricht nicht, nickt den Ausführungen ihres Nachbarn wohlwollend zu. Sie selber wolle nichts dazu sagen, sie hätte wenig Zeit und müsse jetzt die Kinder aus dem Kindergarten abholen.

Die Geschehnisse in Escheburg werfen Fragen auf. Für uns ist es unbegreiflich, wie am helllichten Tag gegen Mittag in einer belebten Wohngegend ein Haus angezündet werden kann, ohne dass die sichtlich aufmerksame Nachbarschaft Hinweise darauf hat wer die möglichen Täter_innen sein könnten. Niemand möchte Schuld daran haben, nur wenige möchten sich den zum Teil unbequemen Fragen stellen und natürlich hat niemand etwas gesehen.

Fakt ist, dass in unserem Gesprächen und Versuchen vor Ort Kontakt mit Anwohner_innen aufzunehmen eine rassistische Grundeinstellung gegen die Flüchtlingsunterkunft vorherrscht.
Die Anwohner_innen fühlen sich desinformiert und zum Teil von der Gemeinde Escheburg und dem Bürgermeister im Stich gelassen. Rassist_innen vor Ort prägen die Meinung von vielen in der ansässigen Nachbarschaft.

Die Staatschutzbullen des Kommissariat 5 Lübeck (BKI Lübeck) waren am gestrigen Tag mit über fünf Zivilfahrzeugen vor Ort und haben u.a. Anwohner_innen über die Geschehnisse vor Ort befragt. Weitere Polizeifahrzeuge fahren Streife durch die Ortschaft. Aus Erfahrung ist zu bezweifeln, dass die Lübecker Staatschutzabteilung den politischen Willen hat die Ereignisse juristisch korrekt aufzuarbeiten.

Escheburg ist nach den Brandanschlägen in der Nähe von Nürnberg, dem Überfall von extrem Rechten in Dortmund, dem Angriff auf eine Unterkunft in Grabau, dem Überfall der Roma und Sinti Geschäftsstelle in Kiel bereits die fünfte massive Aktion seit Oktober 2014 in den alten Bundesländern. Sie reihen sich bis zum heutigen Tag in mehr als 70 Übergriffe auf Migrant_innen und Flüchtlinge sowie deren Unterkünfte ein.

Wir werden Escheburg als eines unserer Arbeitsfelder begreifen und dem rassistischen deutschen Mob etwas entgegensetzen!

Den rechten Konsens brechen!
Rassismus tötet!

Antifaschistische Koordination Lübeck
Antifaschistische Aktion
Herzogtum Lauenburg

Refugees are rising up!

Erstarkende Kämpfe – Grenzen überwinden

Der folgende Artikel stammt aus dem neuen Heft „GUCCIO", das wir hiermit auch vorstellen wollen. Wir haben den Artikel hier abgedruckt, da er sich auch auf die Lampedusa-Kämpfe in Hamburg bezieht. Wenn ihr neugierig auf die Zeitschrift geworden seid, findet ihr das Heft im Schwarzmarkt.

GUCCIO no. 1
Stellung beziehen, sich Treffen & Kämpfen auf dem Weg der Revolution
(...) Eine Zeitung, um gemeinsam wieder in eine Diskussion einzusteigen, über Grenzen hinweg und in möglichst vielen Sprachen. Um dazu beizutragen, eine revolutionäre Kraft auftauchen zu lassen, die endlich vermag auf Höhe der Zeit zu handeln – eine Internationale ohne Namen also.
Wir gehen nach Frankfurt, um unser Leben zu verteidigen, unsere Ideen vom Leben, und für die Möglichkeit, im Namen dieser Ideen zu revoltieren. Wir kommen für einen Gegen-Angriff. Der (Ein)Sturz der Europäischen Zentralbank stellt nicht unseren endgültigen politischen Horizont dar, die EZB ist eher wie eine lästige Warze, die man loswerden will. Der Prozess, der uns nach Frankfurt und weit darüber hinaus bringen wird, muss dem Leben entsprechen, das wir wollen.
Daher dieses Blatt. Eine Zeitung, um unsere Konfusion zu vertreiben, um unsere Wahrnehmung der Situation zu schärfen. Um den vollen Reichtum des Wirklichen zu erahnen, all die Komplexität, die verloren geht in den großen Worten der Politik oder im Stroboskop-Licht der Ideologie.

Inha t:
T me to d sconnect , Goog es gese schaft che Gesta tungsmacht Wegbere ter e nes smarten Tota tar smus? +++ Ke ne Angst, w kommen m Gefahrengeb et! Prävent ve Aufstandsbe kämpfung n Ze ten von Kr eg und Kr se +++ V er Thesen für e ne prävent ve Neutra s erung des Ant terror smus +++ Refugees are r s ng up!, Erstarkende Kämpfe – Grenzen überw n den +++ Geme nsam Leben st stärker a s d e Metropo e Metropo s: D e Vormachtste ung der Infrastruktur +++ Den Stadtte verte d gen, Den Kap ta smus zerstören +++ C_o_m_m_u_n_e, nter C_o_m_m_u_n_e +++ Das neue schu denpo t sche Reg me +++ Offener Br ef: Warum e ne Internat ona e? E ne E n adung, geme nsam e ne größere Zu sammenkunft auszuhecken

Am 19. März 2012 treten acht iranische Flüchtlinge in einem Lager bei Würzburg in den Hungerstreik. Sie kämpfen für ihr Recht auf Asyl und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den deutschen Isolationslagern. Anlass ist der Selbstmord eines Zimmergenossen, der die Zustände nicht mehr ausgehalten hat. Versprechen von Verbesserungen werden von den zuständigen Behörden nicht eingehalten. Es folgen weitere Hunger und Durststreiks und das Zunähen ihrer Lippen, inzwischen in einem Protestcamp mitten in Würzburg: „Unsere Frage an die deutsche Regierung ist folgende: Müssen Flüchtlinge erst in den Hungerstreik treten und ihre Lippen zunähen, um eine Bearbeitung ihrer Asylanträge zu bewirken?"
Das Protestcamp in Würzburg ist der gefühlte Anfang des vehementen selbstorganisierten Widerstands von Geflüchteten in Deutschland. Mehr und mehr Flüchtlinge finden sich seitdem nicht mehr mit ihrer Situation ab und verlassen die trostlosen Lager, indem sie die Residenzpflicht bewusst verletzen – ein Akt des Widerstands, zu dem bis dahin vor allem Flüchtlingsselbstorganisationen wie The Voice seit Jahren aufriefen. Öffentliche Camps entstanden und existieren aktuell, auf den Plätzen vieler Städte zwischen Hamburg und München in der gesamten Republik. Und auch in vielen anderen EU Ländern finden (hierzulande meist unerwähnt) Protestcamps, Aktionen und Hungersreiks statt.
Die Camps sind stets heftigen Repressionen ausgesetzt. Nach den Erfahrungen der Stadtverwaltungen mit den Camps der OccupyBewegung sind Zelte und Übernachten verboten und nur mehr „Mahnwachen" erlaubt. Das Einhalten dieser Verbote überwacht die örtliche Polizei und setzt jegliches Schlafen und Rückzug vor Wind und Wetter mit schikanösen Kontrollen durch. Zu einem bundesweiten Marsch nach Berlin werden 2012 weitere Flüchtlinge ermutigt, aufzubegehren und sich dem wachsenden Widerstand anzuschließen: „Die streikenden Flüchtlinge in ganz Deutschland haben beschlossen, am 8. September eine neue Aktion zu starten: Ab diesem Tag werden Asylsuchende auf zwei verschiedenen Routen nach Berlin marschieren, um dort der deutschen Regierung zu zeigen, dass auf jede Anwendung des unmenschlichen Abschiebegesetzes eine Reaktion der Bewegung folgen wird. Die Flüchtlinge werden lauter schreien denn je, sie werden ihren Kampf weiterführen, bis die Lager mit ihren katastrophalen Bedingungen geschlossen werden." In Sommer 2014 marschieren Refugees und Sans Papiers aus dem gesamten Spektrum migrantischer Kämpfe und in transnationaler Zusammensetzung über mehrere Wochen zusammen von Straßburg in das über 400 km entfernte Brüssel. Der „March for Freedom" fordert globale Bewegungsfreiheit und Papiere für Alle ein und protestiert gegen Entrechtung und Ausbeutung. Und parallel zu den aktuellen Hungerstreiks in Hannover und Berlin gibt es Aufstände in griechischen und britischen Abschiebegefängnissen, Kundgebungen gegen Abschiebehaft in Ungarn und Italien, Hungerstreiks in der Türkei; in Calais spitzt sich mit Räumungen die Situation der Migrant*innen zu, während es gleichzeitig gelingt, dort ein neues Haus zu besetzen.

Die aussichtslose und verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge bestimmt den hohen Grad an Entschlossenheit der überall aufflammenden Proteste, denn das Maß der Entrechtung ist mehr als voll und die Situation hat sich nicht nur in den Herkunftsländern und der Festung Europa, sondern auch bundesweit in den letzten Jahren insgesamt noch weiter verschärft. Und immer noch gelten restriktive Asylgesetze, die Eingrenzung der Bewegungsfreiheit, Arbeitsverbot, fehlende Möglichkeiten selbstbestimmt zu wohnen, unzureichende medizinische Versorgung und Isolation, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. Ausreichende erträgliche Unterkünfte für die steigenden Flüchtlingszahlen fehlen bundesweit und die Lager sind längst überfüllt, so setzt auch der Alltag mit unbekannten Personen auf engstem Raum vielen der oft traumatisierten Menschen dort zu. Eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen wird von den Kommunen aufgrund ihrer jahrelang verfehlten Wohnraumpolitik unisono als unmöglich abgelehnt.
Mit dem öffentlichen Protest gegen rassistische Ausländerbehörden, Residenzpflicht und drohende Abschiebungen fordern Flüchtlinge die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik seitdem offensiv heraus. Die verschiedenen Proteste sind nicht nur durch ihre Gleichzeitigkeit sichtbarer geworden. Auch kommen besonders viele der derzeitigen entschlossenen Refugees bereits politisiert hierher, wie etwa solche der Grünen Revolution im Iran 2009. Die starke Entschiedenheit resultiert aber vor allem in

der raschen Desillusionierung, von Regierung und Behörden auch nur kleinste Zugeständnisse zu erhalten. Schon nach einigen Wochen in deutschen Lagern müssen Flüchtlinge erkennen, dass der Forderung nach irgendwelchen wirklichen Rechten von Staatsseite aus niemals nachgekommen wird und sie gegen den Widerstand der Behörden selbst für ihre Rechte kämpfen müssen.
Viele der Ankommenden sind heute gut vernetzt und teilen sich alle notwendigen Infos über Möglichkeiten der Flucht bis hin zur Einreise nach Europa und über das notwendige widerständige Verhalten via social media und Smart phones. Und immer wieder bleiben Flüchtlinge auch mit einem endlich gesicherten Aufenthalt dabei und geben ihr Wissen und ihre Power weiter an die neu Ankommenden und an die sich auf den Weg machenden.

We are here to stay!

Die mittlerweile seit mehr als zwei Jahre laufenden Bleiberechtskämpfe in Hamburg und Berlin bieten der herrschenden Flüchtlingspolitik durch die hohe Anzahl an Betroffenen und ihre breite und anhaltende Unterstützung derzeit am offensten die Stirn. Viele der zunächst rund 300 Personen zählenden Gruppe "Lampedusa in Hamburg" kamen über Libyen und Lampedusa nach Italien und dann nach Hamburg, wo sie zunächst in einer Kirche in St. Pauli unterkamen, inzwischen aber auf verschiedene Orte aufgeteilt leben müssen, viele werden in privaten Haushalten aufgenommen. Die Unterstützung der Hamburger Bevölkerung ist nach wie vor groß, es gibt immer wieder Demonstrationen mit der Forderung nach einem Bleiberecht für alle und unzählige Aktionen. Doch die Lampedusa Refugees müssen feststellen: "der Hamburger Senat ignoriert die vielen Stimmen, die einen Wechsel der diskriminierenden und sehr gefährlichen Politik der Regierung fordern. Wieder und wieder werden unsere Leute kontrolliert, festgenommen und mit der Abschiebung nach Italien bedroht". Die von der Stadt vorangetriebene Spaltung der Gruppe geht zum Glück nur teilweise auf.
Auch in Berlin gehen die Auseinandersetzungen der Flüchtlinge weiter, die nach einem Hungerstreik am Brandenburger Tor, dem Camp auf dem Oranienplatz und der Teilräumung der Gerhard-Hauptmann-Schule noch immer ohne Bleiberecht abgespeist werden. Auch sie fordern den Aufenthalt nach §23 aus humanitären Gründen. Und ebenso wird hier von der Berliner Regierung die Gewährung eines Bleiberechts niemals ernsthaft in Erwägung gezogen, die Flüchtlinge werden verarscht. Die erste versuchte Räumung der Gerhard-Hauptmann-Schule war die "größte Aufstandsbekämpfungsaktion in der Geschichte Berlins gegen refugeeAktivisten*innen und ihre Unterstützer* innen." Doch "während des über neun Tage andauernden Belagerungszustandes bildeten sich Gruppen und Bündnisse, die in unterschiedlichster Form Widerstandsaktionen an den Blockadepunkten und an anderen Orten in Kreuzberg organisierten und sich in den direkten Support von Geflüchteten einklinkten: Anwohner*innen, Schüler*innen, Links radikale, Künstler*innen, AntiraAktivist*innen und viele mehr."
Die über 500 Refugees leben seit der Räumung der Schule und des Oranienplatzes weiterhin unter extrem provisorischen und unsicheren Existenzbedingungen, ohne gesicherte Bleibe, ohne Möglichkeiten zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes und teilweise zurückgeschoben in die ihnen einst zugewiesenen Flüchtlingslager: Mehr und mehr von ihnen erhalten Ablehnungsbescheide und müs sen aus ihren Unterkünften raus zurück in die Lager, in denen sie registriert sind. Sämtliche Forderungen nach einem garantierten Bleiberecht oder auch nur nach dem versprochenen Transfer ihrer Anhörungsverfahren werden abgelehnt.
Die Wut über die verlogene Politik gegenüber den Refugees ist groß, so heißt es etwa unter dem Motto "Feuer und Flamme für Berlin! Heute Nacht wurde ein Teil des Berliner SBahnbetriebs lahm gelegt während ein paar Meter entfernt vom S-Bhf Treptower Park einige Menschen auf dem Dach eines Hostels für nichts als ihr Recht zu bleiben – um zu leben – kämpfen."
Und trotz Räumung sind die Protestcamps und Besetzungen wie die Berliner Gerhard-Hauptmann-Schule und Versuche wie das Hamburger Refugee-Center oder das Centro Sociale/ WelcomeCenter in Wuppertal sichtbare und spürbare Interventionen und vereinen faktisch verschiedene soziale Kämpfe miteinander.

Bleiberecht für alle, jetzt sofort!

Der Kampf der Flüchtlinge um §23 und gegen Dublin III findet in der politischen Forderung „Bleiberecht für alle“ seinen kollektiven Ausdruck: Neben den vehementen Kämpfen in Hamburg und Berlin ist in vielen Städten der Kampf gegen Dublin-III aktuell der heftigste. Es werden immer wieder Dublin-Abschiebungen
blockiert oder abgebrochen, denn viele Flüchtlinge wehren sich im Flugzeug aktiv, laut werden und verweigern das Hinsetzen. Und in mehr und mehr Städten laufen Kirchenasyle, um dort die sechsmonatige Überstellungsfrist nach Italien oder Ungarn zu überstehen. Wird sie überschritten, muss das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden. Bundesweit sind im Herbst 500 Kirchenasyle bekannt, die vom Bundesamt für Migration als „Infragestellung der Dublin-Verordnung“ bewertet werden.
Mit der sogenannten Dublin-II/III-Verordnung schieben Deutsch land und andere Schengen-Länder die Flüchtlinge in die europäischen Transitstaaten zurück in das jeweils erste europäische Land beim Eintritt in die BRD. Während die Rückschiebung nach Griechenland aufgrund fehlender Mindestversorgung der Flüchtlinge bis auf weiteres untersagt ist, ist Italien noch im Rennen – obwohl die Zustände dort bekanntermaßen ähnlich dramatisch sind. Doch kann sich die EU-Flüchtlingspolitik nicht noch ein weiteres Land auf der Sperrliste leisten, denn das wäre das Aus für das geltende Dublin-System …
Arbeiten wir mit an seinem Zusammenbruch!

Kollektiver Widerstand an den Außengrenzen

Durch die Umbrüche des Arabischen Frühlings sind mehr und mehr Menschen auf der Flucht, auch hierher nach Europa. Das Jahr 2014 schlägt alle Rekorde: Seit Jahresbeginn 2014 haben bereits jetzt mehr als 100.000 Flüchtlinge allein die Küste von Italien erreicht. Und der kollektive Kampf gegen das Dublin-System beginnt bereits bei der Ankunft an den Außengrenzen: „No Fingerprints“ mit dem Slogan verweigern auf Lampedusa Flüchtlinge kollektiv die Abgabe ihrer Fingerabdrücke. Ihnen ist bewusst, dass sie mit ihren Fingerprints an Italien als Land der Asylantragstellung gefesselt sind, und damit an Obdachlosigkeit und Perspektivlosigkeit. Sie hatten zuvor das Lager gemeinsam verlassen und sich viele Tage dem Druck der Behörden verweigert, ihre Fingerabdrücke abzugeben. Auch kommt es auf Lampedusa häufiger zu Revolten, bei denen Abschiebegefangene Gebäudeteile des Knasts in Brand setzen.
„Heute ist der Tag! Yalla!“ Kollektives und manchmal jahrelanges Warten auf den günstigen Augenblick ist in Marokko die Voraussetzung, zusammen als großer Pulk die meterhohen Grenzzäune der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu überwinden und nach Europa zu gelangen, denn allein hat man keine Chance. Dies ist in den vergangenen Monaten vielen, vielen Hunderten gelungen, auch wenn stets welche verletzt oder tot zurückbleiben. Die Antwort der EU auf den Massenansturm ist die erneute Verschärfung der Grenzanlage – aber keine Erhöhung des Zaunes hält die Menschen ab.

Lampedusa ist mit dem dort geschehenen Bootsunglück im Oktober 2013 der Inbegriff für das von der EU gewollte Sterben im Mittelmeer. Mit der Sicherung der Außengrenzen durch Frontex verhindert die EU die Flucht von Menschen nach Europa, die sie maßgeblich durch eigene Kriegsbeteiligung und wirtschaftliche Zerstörung der Herkunftsländer verursacht.
Eine notwendige Antwort auf die verstärkte Kriegsbeteiligung von EU-Staaten weltweit bei gleichzeitiger Aufrüstung der Abschottung Europas wären gemeinsame Angriffe aus den antirassistischen und antimilitaristischen Spektren, die leider bislang im wesentlichen getrennt voneinander agieren. Und wer etwa mit deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar für den unmittelbaren Aufbau von ISIS und Islamischem Staat sorgt und zugleich Flüchtende aus Kriegsgebieten über EU-weite Operationen kriminalisiert, abschieben und sterben lässt, sollte die Quittung dafür bekommen. Massive Aktionen zur Verhinderung von Waffenexporten wären ein naheliegender praktischer Beitrag einer europäischen Linksradikalen, weit praktischer als das Einfordern bzw. das Sinnieren über die Legitimität staatlicher Militärhilfe an progressive kurdische Gebiete.

How is your liberation bound up with mine?
Das Bewusstsein eines gemeinsamen Kampfes von Flüchtlingen und deutschen Linksradikalen über die notwendige Existenzsicherung hinaus wird selten spürbar. Immer wieder zeichnet sich zwar, wie etwa bei der Verbündung von „Lampedusa in Hamburg“ mit der Roten Flora, ein gemeinsamer Gegner ab, und auch der Kampf um Bleiberecht, der Widerstand gegen Abschiebungen, Lager und Residenzpflicht sind ein Schritt hin zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse, da letztlich die geltende Realität in Frage gestellt wird. Doch über die vor einigen Jahren noch intensiver diskutierte Frage nach der Bedingtheit und Verbundenheit unserer Kämpfe für ein befreites, ganz anderes Leben, gibt es momentan keinen wahrnehmbaren, weiterführenden Austausch mehr.
Der Wunsch nach einem anderen Leben heißt für viele Refugees zunächst einmal ein „normales“ Leben zu führen, einen gesicherten ruhigen Alltag mit Arbeit und Familie, denn der bloße Kampf um Überleben und Existenz ist anstrengend genug.
Das Auseinanderklaffen verschiedener Lebensrealitäten und Lebensweisen lässt sich oft schwer überbrücken und ein gemeinsam gelebtes Leben und eine gemeinsame Perspektive bleibt vielfach eine Ausnahme. Erst ein langfristiges gemeinsames Vorgehen schafft persönliche Verbindungen und das Vertrauen, gemeinsam weiterzudenken. Was aber in Berlin selbstkritisch bezüglich langfristiger Unterstützung festgestellt wird, gilt vielerorts: „im Laufe der zwei Jahre zeigte sich, dass viele der linksradikalen Unterstützer*innen nicht so einen langen Atem hatten wie die Geflüchteten selbst.“
So ist es nicht verwunderlich, dass sich gemeinsame Kämpfe auf Augenhöhe vor allem in den langjährigen Verbindungen finden, wie sie teils etwa aus den antirassistischen Grenzcamp-und-NoLager-Zusammenhängen entstanden sind.

Was wäre, wenn ...
… wir auch hier gemeinsam Häuser besetzen, so wie etwa in Italien oder Spanien oder gar wie im „vertikalen Haus“ in Caracas/ Venezuela? Das nicht fertig gestellte Hochhaus wurde weltweit zum Symbol für eine langfristige stille Besetzung von unterschiedlichen Menschen in prekären Verhältnissen ein Projekt, das wohl mehrheitlich deutlich über unsere gelebten Erfahrungen hinausgeht. Das aktuelle Aufeinanderzugehen von Recht-auf-StadtInitiativen und Bleiberechtskämpfen markiert auf diesem Feld einen entscheidenden Schritt vorwärts.

Und was wäre, wenn ...
… wir vermehrt aktive Fluchthilfe betreiben und etwa Flüchtlingen bei der Wiedereinreise helfen? Im Juni 2014 überquerten zweihundert Flüchtlinge und zahlreiche italienische Aktivist*innen unter dem Motto „NoBorder Train“ im Juni 2014 als Widerstandsaktion gegen das Dublin-System mit dem Zug die Schweizer Grenze von Mailand in das nahegelegene Chiasso, ohne von der Polizei aufgehalten zu werden. Dort setzt man mit der Besetzung des Bahnhofs Chiasso und einer Demonstration durch, dass die Flüchtlinge direkt Asylanträge in der Schweiz stellen können. Und woanders wurden, getarnt als Hochzeitsgesellschaft, mehrere syrische Flüchtlinge von Mailand nach Stockholm quer durch Europa geschleust, um in Schweden Asyl zu beantragen. Doch braucht Fluchthilfe gar nicht derart spektakulär zu sein. Denn die kurzen Entfernungen in Schengen-Land hat bei Rückschiebungen auch Vorteile: Der Weg etwa aus Italien zurück nach Deutschland ist gar nicht weit und viele Flüchtlinge machen sich nach ihrer Rückschiebung individuell wieder auf den Weg zurück. Und die BRD kommt bereits jetzt mit den Rükkschiebungen nach Italien nicht mehr hinterher.

Was wäre also, wenn
… im Falle erfolgter Abschiebungen etwa nach Italien Refugees bei ihrer Rückkehr nach Deutschland oder wohin auch immer praktisch unterstützt werden?
… wenn, sobald eine Abschiebung ansteht, massenhaft der Zugang zu Lagern blockiert würde, um den Abtransport der betroffenen Person zu verhindern, wie es derzeit in Osnabrück mit breiter Unterstützung immer und immer wieder gelingt?
… wenn sich noch mehr von Abschiebung Betroffene selbst organisieren und darauf vorbereiten, die eigene Abschiebungen direkt im Flugzeug zu verhindern?
… und wenn mithilfe von vielen weiteren Kirchenasylen weitere Schutzräume eröffnet werden, um überhaupt einen ersten Spielraum für den daran anschließenden Kampf zu schaffen?
… und wenn mehr gesellschaftliche Akteure verstärkt von uns in die Verantwortung genommen werden, um die Durchsetzung von Bleiberecht hier praktisch werden zu lassen – die Bereitstellung von Wohnraum etwa in Gewerkschaftshäusern und allem damit verbundenen Support?

Was wäre, wenn ...
… mehr Schreibtischtäter*innen zur Verantwortung gezogen würden? Während des NoBorder-Camps 2008 wurde in Hamburg ein Büro der Ausländerbehörde verwüstet und Computer und Telefone zerstört, Glasscheiben zerschlagen und rote Farbe versprüht, sowie das Wohnhaus des Leiters der Hamburger Ausländerbehörde und das seines Referenten für die zentrale Erstaufnahme von Flüchtlingen mit Farbgeschossen und Steinen beworfen.

und wenn ...
… mehr Profiteure der hiesigen Flüchtlingspolitik angegangen werden, die etwa an der Versorgung und dem Unterhalt von Lagern verdienen? Jüngst ist die Firma „European Homecare“ mit ihren Subunternehmen für rassistische und körperliche Übergriffe in ihren „Unterkünften“ in die Schlagzeilen geraten – das tagtägliche Geschäft mit Flüchtlingen in schlechter Unterbringung und unwürdiger Behandlung sollte dabei nicht in Vergessenheit geraten.
Und was wäre, wenn...
… wir beginnen, gemeinsam für ein ganz anderes Leben zu kämpfen? – Und viele der hier Ankommenden haben darin schon mehr Erfahrung gesammelt als wir.

Was ist, ist – was nicht ist, ist möglich.

Face the players, fight the game
M18: Die EZB-Eröffnungsparty crashen

Im Frühjahr 2015 bekommt die europäische Krisenpolitik ein Wahrzeichen: Der neue Hauptsitz der Europäischen Zentralbank (EZB) wird in Frankfurt eröffnet. Bei einem großen Festakt werden sich Regierungsvertreter_innen aus ganz Europa zu ihren bisherigen Krisenlösungen gratulieren und sich (und uns) auf die nächste Runde Austeritätspolitik einstimmen. Der Ausnahmezustand soll institutionalisiert werden.

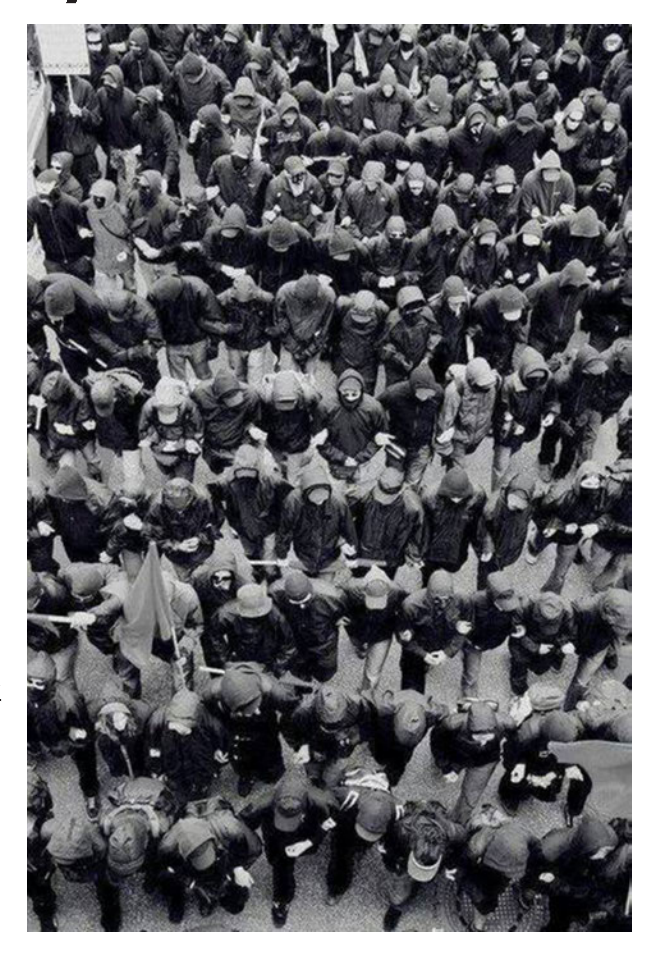
Doch massenhaft Menschen werden die Feier stören, denn Krisenlösungen im kapitalistischen Rahmen sind eine Katastrophe für die Menschen. Das Frühjahr 2015 wird so hoffentlich auch ein Wahrzeichen des Widerstands gegen die europäische Krisenpolitik, wenn Tausende von Menschen aus den europäischen Ländern und darüber hinaus zu den Aktionstagen gegen die EZB-Eröffnung anreisen. Wir rufen die antiautoritären Bewegungen dazu auf, sich an den Aktionen und Diskussionen zu beteiligen. Lasst uns diese Möglichkeit nutzen, um für die transnationale Selbstorganisierung im Kampf gegen Staat und Kapital zu werben und die Herrschaftsfeierlichkeit zu unserer Party zu machen.

Die EZB als Symbol und transnationaler Staatsapparat

Die Regierungen Europas betreiben mit der EZB eine rigide Austeritätspolitik, die zu sozialen Verwüstungen insbesondere in Südeuropa geführt hat. Ein Ende ist nicht absehbar, denn trotz der Sparmaßnahmen und geöffneten Geldschleusen stagniert die Wirtschaft: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung dauern an, Investitionen bleiben aus. Die Krise wird also weiter um sich greifen, die Krisenpolitik auf Dauer gestellt. Die EZB ist der transnationale Staatsapparat dieser Krisenpolitik, durch die immer weniger Reiche reicher und immer mehr Arme ärmer werden. Die EZB ist somit eines der wichtigsten, wenn nicht das Symbol gegenwärtiger kapitalistischen Herrschaft in Europa.

Schluss mit der Gewohnheit: Beim Kapitalismus nicht mehr mitmachen

Kapitalistische Herrschaft bestimmt unseren Alltag bis in den letzten Winkel. Traditionelle Solidarverhältnisse, so problematisch sie im einzelnen auch immer sein mögen, werden immer weiter verdrängt, und wie wir arbeiten, wohnen, essen, lieben, wo wir leben dürfen, welche Luft wir atmen, all das wird beständig und immer wieder neu dem Verwertungszwang angepasst. Diese Herrschaft wird jedoch nicht nur von Regierungen durchgesetzt, sondern auch von Regierten übernommen. Neue Freiheiten werden versprochen und gelegentlich auch gewährt, und doch hängen wir von der kapitalistischen Herrschaft ab und werden im Alltag ein Teil von ihr. Andererseits entzünden sich im Alltag auch die Konflikte gegen die Herrschaft: zum Beispiel wenn Löhne und Renten gesenkt, Menschen aus ihren Häusern geschmissen werden, das Sozial- und Gesundheitswesen ruiniert, Umweltzerstörung zum Zweck der Profitmaximierung in Kauf genommen oder Ausbeutung institutionalisiert wird. Letzteres etwa durch die stärkere Segregation der Arbeitsmärkte infolge nationaler Abschottung gegenüber Geflüchteten und Migrant_innen. Wir setzen bei diesen konkreten Kämpfen an und versuchen dabei, die konkreten Abhängigkeiten von der abstrakten Herrschaft zu durchbrechen. Kapitalismus wird von uns allen gemacht, zusammen können wir ihn überwinden.



Selbstorganisierung jenseits von Staat, Nation und Europa

Das wird uns niemand abnehmen, kein Staat und keine Partei. Die etablierte Politik bleibt auf die Verwaltung kapitalistischer Sachzwänge beschränkt, da sie die Grundlagen kapitalistischer Herrschaft nie in Frage stellt: den Selbstzweck des Wirtschaftswachstums und die Trennung von Arbeit und Produktionsmittelbesitz. Wir müssen unser Leben selbst in die Hand nehmen – wir zielen auf antiautoritäre Selbstorganisation! In Europa sind transnationale Institutionen zur reibungslosen Organisation kapitalistischer Konkurrenz geschaffen worden, die sich den alten nationalen Aushandlungsprozessen entziehen. Diesen weinen wir keine Träne nach. Damit wir aber nicht durch die nationalistische Wettbewerbslogik gegeneinander ausgespielt werden, muss unser Kampf ebenfalls auf eine neue Stufe gehoben werden. Die Wahl zwischen Nationalstaat und Europa ist keine: Europa ist der Rahmen, in dem die nationalstaatliche Konkurrenz organisiert wird. Er produziert Gewinner und Verlierer, reproduziert nationale Spaltung und verstärkt nationalistische Formierungen. Eine befreite Gesellschaft können wir nur jenseits und gegen Nation und Europa erkämpfen.

Lasst uns den Prozess des transnationalen Austauschs vertiefen. Lasst uns unsere gemeinsamen Kämpfe, unsere gemeinsame Wut zusammenführen und die EZB als Symbol kapitalistischer Herrschaft in Europa angreifen. Kommt zum antiautoritären Block auf der antikapitalistischen Demonstration und beteiligt Euch an der Blockade der EZB-Feier in Frankfurt.

Infos und Termin zur Einweihung der EZB in Frankfurt am Main am 18. März (Stand Redaktionsschluss am 25.2.)

Veranstaltungen in HH:

05. März, 19 - 21 Uhr : Informationen zu den Blockadeaktionen von Blockupy Europe vor der EZB in Frankfurt am Main Infoladen Wilhelmsburg (Fährstr. 48)

05. März, 19 Uhr: »Von Heuschrecken und Rehen. Oder: Wie das Verhältnis von Finanzkapital und Industriekapital wirklich ist«. Mit Gruppe gegen Kapital und Nation Hamburg. Rote Flora

10. März, 19 Uhr : Die Retterin des Euros – Macht und Ohnmacht der EZB. Mit: Ingo Stützle, Autor von "Austerität als politisches Projekt", sowie Redakteur von "Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft" und "ak – analyse & kritik".Centro Sociale

12. März, 20 Uhr: Informationen zu den Blockadeaktionen von Blockupy Europe vor der EZB in Frankfurt am Main

14. März, 18 Uhr: »Syriza, Podemos, Venceremos?« Podiumsdiskussion zu Perspektiven
sozialer Bewegungen in der Eurokrise. Mit Nikolai Huke (analyse & kritik) und Jan Ronahi (Lower Class Magazine)

Bustickets für die Fahrt von HH nach Frankfurt/M sind in der Schanzenbuchhandlung (Schulterblatt 55) und dem Infoladen Wilhelmsburg (Fährstr. 48) erhältlich.

Die Busse starten voraussichtlich am 17.03. um 21 Uhr.

Follow:
http://march18.net
http://destroika.noblogs.org
http://hamburg.blockupy.org

Veranstaltungen in Frankfurt am Main
Früher-Vogel-Angebot:
16.+17.03. Finanztreffen zur Zukunft der Finanzbranche im Steigenberger Hotel Frankfurter Hof

Infos:
16. März, 19:30-20:30 Uhr im Cafe Exzess (Leipziger Straße 91) NoTroika-VV und letzte Infos
17. März, 20 Uhr im DGB-Haus Frankfurt (Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77) Blockupy-Aktionsplenum: aktuellste Infos zum kommenden Tag.

Aktionstag 18. März:
• 6 Uhr, Sammeln an einem nördlich und einen südlich des Mains gelegenen Sammelpunkt
• 7 Uhr Beginn der Blockaden rund um die EZB
• 12 Uhr DGB Demo von der Wilhelm Lenscher Straße zur EZB 14 Uhr Kundgebung am Römerberg
• 17 Uhr Demo vom Römer zur Alten Oper auf zwei Routen: A) Bethmannstraße und Taunusanlagen B) Kurt Schumacher, Bleich- und Hochstr.
• Anschließend Abschlusskundgebung
• Den ganzen Tag über: Kundgebungen an verschiedenen Plätzen z.B. Danziger Platz, Paul Arnsberg Platz, Zeil, Sonnemannstraße, Walter von Cronberg Platz

ATEMLOS BIS ZUM STURZ DES KAPITALISMUS – G7-GIPFEL 2015 STÜRMEN

Im bayrischen Elmau findet am 7. und 8. Juni 2015 der G7-Gipfel statt. Im Schlosshotel Elmau treffen sich die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Italien und Japan. Die G7 sind die mächtigsten kapitalistischen Staaten, die führenden Militärmächte und die Standorte der größten Banken und Konzerne. Ihre Politik ist verantwortlich für Armut, Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen Menschen, Hungerkatastrophen und Kriege. Wir wollen den Widerstand gegen den G7-Gipfel organisieren und deutlich machen, dass die Herrschenden uns nicht repräsentieren und auch in der Alpenidylle keine Ruhe finden werden.

G7 heißt globale Ausbeutung
Die G7 haben noch immer die Vormachtstellung in der Welt inne: wirtschaftlich, politisch und militärisch. Die Konzerne der G7-Staaten produzieren weltweit fast die Hälfte aller Waren und Dienstleistungen. Auch wenn die Dominanz der G7 in den letzten Jahren durch konkurrierende Industrie- und Schwellenländer geschwächt wurde, mit denen sie sich als G20-Staaten abstimmen müssen, hat sich die Ausrichtung ihrer Politik nicht grundlegend verändert. Es waren die Regierungen der G7/G20, die in der Krise des kapitalistischen Weltsystems Rettungspakete für die Banken und Konzerne mit hunderten Milliarden verabschiedeten; abgewälzt wurde die Krise auf die jeweilige Bevölkerung. Die Folgen sind Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Zerschlagung der Sozialsysteme wie in Griechenland, Portugal oder Spanien. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Lösung sozialer Probleme war noch nie die Funktion der G7: Es geht den beteiligten Staaten um die Sicherung von Macht- und Einflusssphären. Immer aggressiver konkurrieren sie mit Russland und anderen Ländern um geostrategische Positionen, Rohstoffe und Absatzmärkte. Seit die führenden NATO-Staaten, um USA und Deutschland, Russland aus den G8 ausgeschlossen haben, steigt im Machtkampf mit Russland die Kriegsgefahr. Im Ringen um Einfluss in der Ukraine unterstützen USA und EU ein Bündnis aus Milliardären und faschistischen Banden und eskalieren damit den Bürgerkrieg immer weiter. Gleichzeitig verhandeln die Europäische Union und die USA unter Ausschluss der Öffentlichkeit das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft), das Löhne und ArbeiterInnenrechte angreift und Staaten verpflichtet, ausländische Konzerne für angebliche entgangene Gewinne zu entschädigen. Das TTIP wurde von Hillary Clinton als die „ökonomische Nato“ bezeichnet und soll den westlichen Machtblock angesichts neuer Rivalen und

der wirtschaftlichen Krise stärken. Die G7 waren stets Vorreiter bei der radikalen Liberalisierung von Handelssystemen und betreiben gleichzeitig die umfassende Deregulierung der weltweiten Finanzmärkte. Spekulation mit Nahrungsmitteln, die die Preise für Weizen und Reis verdreifacht haben und Hungerkatastrophen in Afrika und Asien verursachten, müssen als direkte Folge dieser Politik betrachtet werden. Die G7 ist Ausdruck eines Systems, dass die Verwertung von Kapital über die Bedürfnisse der Menschen stellt.

Die Rolle Deutschlands

Deutschland ist Mitglied im Club der Großmächte und hiesige Entwicklungen sind symptomatisch für die G7-Politik. Vom Bundespräsidenten bis zur Verteidigungsministerin trommeln PolitikerInnen für mehr Rüstung und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Angela Merkel regiert im Interesse der kapitalbesitzenden Klasse. Lohndumping – dank Hartz IV, Leiharbeit und Werksverträgen – machte das deutsche Kapital konkurrenzfähig, hat Länder wie Griechenland und Spanien niederkonkurriert und in die „Schuldenfalle“ getrieben. Im Gegenzug für Kredite errichteten die deutsche Regierung und die EU eine Krisendiktatur, mit der die Bevölkerungen Südeuropas gezielt in Armut und Elend gestürzt wurden. Die Kosten der Rettungspakete für Banken und Kapitalanleger bezahlen wie immer die Lohnabhängigen: Mit niedrigen Löhnen, Sparpolitik und Steuerverteilung von unten nach oben. Dadurch konnten die deutschen Konzerne sich bisher aus der Krise „herausexportieren“. All dies zeigt, dass die Kooperation der Staaten – ob in den G7 oder der EU – immer wieder durch die Konkurrenz zwischen ihnen unterbrochen wird. Diese Konkurrenz durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche und somit das Leben jedes Einzelnen, drückt sich aber auch im Wettstreit von Staaten und Unternehmen auf dem Weltmarkt aus. Das Ende der Konkurrenz ist nur mit einer Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse möglich.

Klassenkampf statt Vaterland

Die reaktionärste Fortführung der Konkurrenz ist die rassistische Hetze, wie sie durch CSU, AfD, Sarrazin (SPD) oder HoGeSa verbreitet wird. Sie lenkt den Unmut der Lohnabhängigen über ihre Ausbeutung ab und hetzt sie stattdessen gegen Menschen aus ärmeren Ländern auf, die angeblich “unseren” Wohlstand stehlen. In Wahrheit profitieren deutsche Konzerne wie VW, Metro oder Deutsche Bank durch Hungerlöhne und extremste Ausbeutung von ArbeiterInnen weltweit. Durch die Überausbeutung der ArbeiterInnen im globalen Süden wird den Konzernen die kostengünstige Produktion von Elektronik, Kleidung oder Lebensmitteln ermöglicht. Die Politik der G7 zwingt Millionen Menschen zur Flucht vor Krieg und Elend – nur die wenigsten schaffen es lebend in die Festung Europa. Die europäischen Staaten internieren Flüchtlinge in Lager, verweigern ihnen grundlegende Menschenrechte und bedrohen sie mit Abschiebung. Wir müssen die internationale Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten egal welcher Herkunft erkämpfen und verteidigen. Nur gemeinsam können wir erfolgreich für unsere Rechte kämpfen, streiken und die Macht- und Herrschaftsstrukturen von Staat und Kapital aufbrechen.

Wir sind das Bild der Zukunft

Wir wehren uns gegen die Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse, den Abbau von sozialen und demokratischen Rechten, gegen Militarisierung, gegen Kriege und Militärinterventionen unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschenrechten und gegen die verschärfte europäische Abschottungs- und Abschiebepolitik gegenüber Flüchtlingen. Gemeinsam mit Millionen Menschen weltweit widersetzen wir uns dem autoritären Kapitalismus. In Spanien organisieren sich AnwohnerInnen gegen Zwangsräumungen ihrer Wohnungen, in Griechenland werden Betriebe besetzt und selbstverwaltet, während sich in der Türkei Hunderttausende einem reaktionären Staat entgegenstellen und in Rojava Formen der Basisdemokratie aufgebaut und verteidigt werden. An vielen Stellen und Orten schließen sich Menschen kollektiv und selbstorganisiert zusammen.

Wenn die G7 die vermeintlichen Sachzwänge und die Alternativlosigkeit des Bestehenden der Weltöffentlichkeit verkaufen, wollen wir die sozialen Kämpfe bündeln und mit Tausenden sagen: Ihr repräsentiert uns nicht! Nicht weil die G7 das Zentrum der Macht wären, sondern weil sie ihre Politik als Allgemeinintersse inszenieren. 2007 in Heiligendamm gelang es durch die Proteste den Ablauf des Gipfels mit Blockaden rund um den Tagungsort erheblich zu beeinträchtigen. An diesen Widerstand wollen wir anknüpfen und die Umrisse einer anderen Gesellschaft mit Demonstrationen, Camps und einem Gegengipfel sichtbar machen. Wir verstehen uns als Teil jener Bewegungen, die für eine andere, solidarische und klassenlose Gesellschaft kämpfen, in der nicht Privateigentum an Betrieben und Vermögen, sondern demokratische Kontrolle die Produktion von Gütern und Dienstleistungen bestimmt. Wir kämpfen für eine Produktionsweise, die sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert – statt an den Profitinteressen der Kapitals. Unsere Alternative sind die progressiven Kämpfe von heute und der revolutionäre Bruch mit dem bürgerlichen Staat und Kapitalismus. Drunter ist keine andere Gesellschaft zu haben.

KOMMT ZU DEN DEMOS UND BLOKKADEN GEGEN DEN G7-GIPFEL IN ELMAU!

Weitere Infos auch unter_www.stop-g7-elmau.info und_www.g7-mobi.org

bilisierung gegen den G7-Gipfel der Staatschef, der vom 6.-8. Juni 2015 im bayrischen Elmau stattfinden soll.



Stopp G7 in Lübeck – und anderswo!

Am 14. und 15. April 2015 wollen die Außenminister der G7-Staaten zu einem Gipfeltreffen in Lübeck zusammenkommen. Während sich Lübecks Bürgermeister über die „wirkliche Auszeichnung“ freut und schon die Marzipan-Häppchen für die Staatsgäste bereitstellen lässt, wollen wir mit vielfältigen Aktionen unsere Ablehnung der G7 und ihrer Politik zum Ausdruck bringen. Die „Gruppe der 7“ besteht aus den reichsten und mächtigsten Industriestaaten der Welt: USA, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Ihre Berechtigung zur Beratung und Entscheidung von globalen Fragen ziehen sie allein aus ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Vormachtstellung. Die G7 sind damit eine undemokratische Institution ohne jede Legitimation.

Ob sie über die Bewältigung der kapitalistischen Krise sprechen, über globale Handelsabkommen wie TTIP oder über die gemeinsame Außen- und Militärpolitik: Nie geht um die Interessen der betroffenen Menschen, sondern stets um die Absicherung von eigener Macht, eigenem Profit und Einfluss. Zuletzt deutlich geworden ist diese Rolle der G7 mit dem Rauswurf Russlands aus dem Club (der vorher G8 hieß) und der Festlegung auf eine neue, hoch gefährliche Konfrontationspolitik im Ukrainekonflikt.

Wir sagen dagegen: Ihr repräsentiert uns nicht! In unserer Vorstellung einer solidarischen, gerechten und friedfertigen Welt haben Machtblöcke wie die G7 keinen Platz mehr. Ihr Einfluss muss zurückgedrängt werden, damit Demokratie von unten über Grenzen hinweg wachsen kann.

Wie im großen Maßstab die Interessen der Menschen kaum eine Rolle spielen, so auch im Kleinen bei der konkreten Durchführung des Außenministergipfels, der im neuen Hansemuseum am Rand der Lübekker Innenstadt stattfinden soll. Bis zu 4500 Polizeikräfte sollen das Treffen bewachen und vor den Protesten abschirmen. Dabei sind massive Einschränkungen für die Bewegungsfreiheit der Menschen in Lübeck vorprogrammiert – sie sind in der Gipfelplanung nicht mehr als ein störendes Sicherheitsrisiko.

Wir fragen: Haben Bürgermeister Saxe und Außenminister Steinmeier allein entschieden, die G7-Außenminister nach Lübeck einzuladen? Warum sind vorher die Menschen in Lübeck oder wenigstens die Abgeordneten der Lübekker Bürgerschaft nicht dazu gefragt worden?



Wir werden uns unser Recht auf Protest nicht nehmen lassen. Die Straßen und Plätze gehören den Menschen – nicht den Regierenden. Für den 13. bis 15. April laden wir daher zu vielfältigen Aktionen und insbesondere zu einer großen Demonstration am Nachmittag des 14. April in die Lübecker Innenstadt ein:

• Alle Menschen, die Freihandelsabkommen wie TTIP, TISA und CETA ablehnen, weil diese nur die Rechte großer Konzerne gegen demokratische Entscheidungen stärken sollen.

• Alle Menschen, die die mörderische Abschottungspolitik der G7-Staaten gegen Migrant_innen für ein Verbrechen halten, die Refugees hier willkommen heißen und mit dem Protest gegen das G7-Treffen gleichzeitig ein unmissverständliches Zeichen gegen Rechts setzen wollen.

• Alle Menschen, die sich Sorgen über die Konfrontation und Scharfmacherei der G7 im Ukrainekonflikt machen und gegen die weltweite Kriegs- und Militärpolitik der G7 protestieren wollen.

• Alle Menschen, die es satt haben, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, und die verlangen, dass die Folgen der kapitalistischen Krise von denen bezahlt werden, die sie verursacht haben.

• Alle Menschen, die für eine gerechte, solidarische und demokratische Welt eintreten, in der niemand Hunger leiden muss und die sozialen Rechte aller garantiert sind – und die die Institution der G7 für eine Anmaßung halten.

Die Aktionen und Proteste in Lübeck sind gleichzeitig ein Teil der bundesweiten Mobilisierung gegen den G7-Gipfel der Staatschef, der vom 6.-8. Juni 2015 im bayrischen Elmau stattfinden soll.

MONTAG, 13. APRIL 2015 – NACHTTANZDEMO “BECAUSE FREEDOM OF MOVEMENT IS EVERYBODYS RIGHT”

ab 17.00 Uhr – Konrad-Adenauer-Straße (Bahnhof)

Di 14. APRIL 2015 – AKTIONSTAG

ab 08.00 Uhr – Aktionen in der Innenstadt

ab 16.00 Uhr – Großdemonstration, Markt

http://stop-g7-luebeck.info

NOlympia Hamburg proudly presents... Neumanns Figuren Ballett

Heute mit Diskurs-Werfer Michael Neumann

Warum die Hamburger Olympia-Bewerbung nicht mal sportlich nehmen? Von erfolgreichen Trainer/innen wissen wir, dass die Analyse des Gegners für die eigene Spieltaktik enorm wichtig sein kann. Nehmen wir uns heute den Hauptpromoter der Olympiade vor, Michael Neumann, und analysieren seine typischen Spielzüge und Diskurs-Figuren. Bei seinem Auftritt im Haus des Sports zeigte der hemdsärmelige Innensenator jedenfalls schon eine Menge Tricks, die wir Euch hier nicht vorenthalten wollen.

Figur 1: Hamburg schließt zur Europäischen Spitze auf

Für Investor/innen ein Traum, für Anwohner/innen ein Horror: Hamburgs Platz im internationalen Städteranking. Die Olympischen Spiele seien die Chance, damit die Stadt Hamburg endlich die Größe und Anerkennung erhält, die sie sich als „schönste Stadt der Welt“ schon lange herbeisehnt. Diese oberflächliche Ranking-Leistungsschau ist Neumanns leichteste Übung. Hier und da fällt das Wort „Barcelona“ und der Hinweis, dass die Olympischen Spiele schon aus ganz anderen verschlafenen Hafenstädte boomende Metropolen gemacht hätten. Auch Londons Postolympia-Zeiten seien rosig, ja, ein echtes Paradies, zumindest für diejenigen, die sich das Leben in der Stadt leisten können.

Figur 2: Ist doch alles schon da!

Diese Figur kommt relativ häufig bei Promotern von Großevents vor. Sie ist das Ritalin, das Skeptiker/innen ruhig stellen soll. Von Sportsenator Neumann wird diese Figur in klassischer Weise interpretiert: Hamburg habe bereits jetzt schon 30 olympische Wettkampfstätten von 35 benötigten, es sei quasi schon alles da. Dass von den 30 Stätten viele enorm sanierungsbedürftig sind, musste er vor den anwesenden Sportfunktionären wohl oder übel zugeben. Eine Vielzahl müsste man – um sie an olympischen Standard zu bringen – teilweise komplett neu anlegen, gekoppelt mit einer aufwendigen Verkehrs- und Sicherheitsinfrastruktur rund um die Sportstätten. Ach ja. Da wären ja noch die fünf fehlenden Stadien, darunter die großen Wettbewerbsarenen für Leichtathletik und Schwimmen, aber dies sei doch ein Klacks für so eine ambitionierte Sportstadt wie Hamburg.

Figur 3: Nachnutzungsvisionen oder die indische Hochzeit

Bleiben wir noch ein wenig beim Klacks „Stadionbau“; Von Figur 2 geht es in einem Flow über zu Figur 3, der Nachnutzung. Weiße Elefanten, also ungenutzte Stadien wie beispielsweise nach der WM in Südafrika, möchte niemand so gern in seiner Stadt haben. Das weiß auch der Sportsenator und hat schon sympathische Nachnutzungs-Beispiele im Gepäck. In London wird ein Stadion als Wedding-Hall von indischen und pakistanischen Großfamilien genutzt, diese sei bis Ende nächsten Jahres ausgebucht. Hier lacht das Publikum verständig, denn multikulturell Hochzeit feiern kommt gut an. Wow, eine tolle Idee, finden auch wir. Hamburg hat zwar keine vergleichbare indische Community aber wie wär's, wenn Lampedusa-Flüchtlinge die Stätten nachnutzen würden?

Figur 4: Ruck Zuck Rückbau

Bei jeder Olympiade gibt es Sportstätten und andere Bauprojekte, die die Welt danach nun wirklich nicht mehr braucht. Hier lautet das Zauberwort „Nachhaltige Spiele“ oder – O-Ton Neumann – „hanseatisches Understatement“. Dies verbinde uns mit den Londonern, die ihre Olympischen Spiele ebenfalls mit dem Nachhaltigkeitsstempel versehen hatten. Ganze Stadien könne man auf eine nutzbare Größe zurückbauen. Auch die rund 30 olympischen Trainingsorte könnten danach für alle Hamburger/innen da sein. Verschwiegen werden dabei z.B. die etwa 8 Millionen Besucher/innen, die in über 42.000 Hotelzimmern olympisch schlafen wollen und der insgesamt gigantische Flächenverbrauch, der viele städtische Parks und Grünflächen schlucken wird. In der hier vorgeführten Diskursfigur „Nachhaltige Spiele“ werden sich viele faule Eier verstecken. Es ist also kein Wunder, dass der Senator bisher nicht mit genaueren Olympia-Plänen rausrücken mag.

Figur 5: Olympia als Katalysator für tolle Stadtentwicklungsprojekte

U-Bahn-Stationen für Wilhelmsburg und andere benachteiligte Stadtteile, jede Menge neuer Wohnungen in einer von Wohnungsnot geplagten Stadt, keine Staus mehr, Top Stadien, ein Olympia-Park auf der Elbinsel – die Liste der Geschenke, die Neumann im Zuge des Jahrhundertprojekts Olympia verteilen will, ist lang und einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Sollte man aber, denn im Rachen des Tiers verstecken sich Mietsteigerungen, die Privatisierung öffentlicher Flächen, eine weitere Verschuldung Hamburgs, Steuererhöhung, Kürzungen von Sozialleistungen und andere Grausamkeiten, die man dann hinnehmen muss, da der IOC-Gaul nun mal bei uns zu Gast ist.

Figur 6: Wer redet hier von Berlin?

Dies ist eine Lieblingsdiskursfigur von Sportsgeist Neumann. Sie wird gerne gezeigt, um sich gegenüber dem sich zeitgleich bewerbenden Mitstreiter Berlin zu positionieren. Berlin sei (unter uns gesprochen) großspurig und überheblich, dies könne uns bescheidenen Hanseaten nun wirklich nicht passieren. „Wir trainieren für Olympia“, heißt der sympathische Slogan, den auch Neumann super findet. Hamburg habe sich bescheiden auf den Weg gemacht, fern vom überkandidelten Hauptstadtgetöse. Und ob es Berlin überhaupt schafft, seinen Flughafen rechtzeitig zur Olympiade fertig zu stellen…?, mögen sich bereits die ersten Zuhörenden fragen. An dieser Stelle schlägt das hanseatische Herz ein wenig höher. Wie beruhigend zu wissen, dass Hamburg so ein gutes Händchen für Großprojekte hat.

Figur 7: Die Kosten? Du Kleingeist!

Nun kommen wir zur Neumannschen Kür: die dreifach gesprungene Kostenspirale. Setzen wir – wie Neumann – die Latte mit einer Mrd. Euro mal niedrig an, die gelte es nun zu nehmen. Teilen wir diese Kosten durch 10 Jahre, dann sind wir schon bei der harmlosen Summe von 100 Millionen Euro. In der Regel teilen sich bei Großprojekten Bund, Land und Stadt die Kosten jeweils zu einem Drittel. Unfair, finden wir Hanseaten, da wir als Stadtstaat dann 2/3 wuppen müssten. Nun kommt der tollkühne Trick: Neumann geht davon aus, dass der Bund nahezu alle Kosten tragen wird, schließlich gehe es um den Ruf Deutschlands. Man dürfe sich hier keine Illusionen machen, entweder fließt das Geld nach Berlin oder es landet in Hamburg. Nun ja, klassischer Weise wäre ja die Hauptstadt der Austragungsort für eine Olympiade, sagt Neumann, aber … ihr wisst schon … Berlin… Diese Figur wird musikalisch untermalt mit dem wiederkehrenden Mantra: „Olympia auf Pump wird es nicht geben.“

Figur 8: Das Volk möge entscheiden, die Kritiker mögen schweigen

Gegen den Willen der Bürger/innen lassen



sich in modernen Zeiten keine Olympischen Spiele mehr austragen. Dies ist auch den Hamburger Olympia-Verfechter/innen klar. Also wird Bürgerbeteiligung und Volksentscheid flux zur Bedingung gesetzt, damit sich die Stadt überhaupt bewerben wird. Neumann spricht davon, dass man die "Bürger mitnehmen" und mit „olympischer Begeisterung anstecken" müsse. (Wir erinnern uns an das passende Motto des letzten Bewerbungsversuchs „Feuer und Flamme für Hamburg"). Putzig nun dieser erste Trainingsversuch in Partizipation. Seit ein paar Tagen gibt es die Einladung an die Hamburgerinnen und Hamburger, sich und ihre Ideen zu Olympia einzubringen. Alles soll ergebnisoffen sein, wie bereits die erste Frage belegt: „Warum will Ihre Stadt die Olympischen und Paralympischen Spiele ausrichten?". Auch die Antworten der engagierten Bürger/innen sind leider nicht öffentlich einsehbar, sondern werden direkt in den Fleeten der Stadt versickern. Allenfalls ausgewählte Ideen werden sich sicherlich in Zukunft in der einen oder anderen Olympia-Broschüre wiederfinden lassen.

Bei der Figur 8 läuft insgesamt alles auf das entscheidende Finale hinaus, nennen wir es den "Großen Olympischen Entscheid". Alle Bürger/innen dürfen mitmachen und ihr Kreuzchen bei „Ja" oder „Nein" setzen. Praktischer Weise wird dies an die nächste Bürgerschaftswahl gekoppelt. Vorher muss noch das Lex Olympia verabschiedet werden, das solche Volksentscheide von oben überhaupt erst ermöglicht. Dass es zum Zeitpunkt des Bürgerentscheids lediglich ein Bewerbungskonzept der Stadt Hamburg geben wird und nicht das vom IOC später umgesetzte Konzept ist, macht das Ganze zum partizipativen Luftsprung: Höher, weiter, uninformierter.

Figur 9: Paralympics als Meilenstein für Inklusion

Diese Figur ist kompliziert und als reines Schauelement nicht zu empfehlen. Neumann bringt sie dennoch. So würde in London niemand mehr Krüppel sagen, der 2012 die Leistungen der paralympischen Sportlerinnen und Sportler miterlebt habe und auch Neumann verbeuge sich vor dieser Leistung. Unumstritten ist Inklusion auch und gerade im Sport ein Menschenrecht und sollte in dieser reichen Stadt – ob mit oder ohne Olympia – selbstverständlich sein. Ob aber gerade dies durch olympische Mega-Arenen in der notwendigen Breitenwirkung erreicht wird, ist mehr als fraglich.

Figur 10: Hamburg rettet die Olympische Idee

Wir müssen zugeben, diese Figur hat auch uns sehr überrascht. Der korrupte IOC hat sich schon lange disqualifiziert und selbst die Bayern wollen nicht mehr mit ihm spielen. Als profitorientierter Konzern geht es dem IOC darum, die Milliardeneinnahmen aus den Olympischen Spielen zu privatisieren, während die austragenden Länder auf den Kosten hängen bleiben. Nicht gerade ein Fairplayer also, dies wissen auch viele Bürger/innen. Kein Wunder also, dass derzeit nur noch Diktaturen und größenwahnsinnige Schwellenländer Olympia austragen wollen.
Und hier kommt nun Hamburg ins Spiel. Man stelle sich den Sportsenator hier in einem blau-roten Heldenkostüm vor, denn – Attention – Hamburg rettet die olympische Idee! Es geht darum, so Neumann, den Ursprungsgeist von Olympia neu zu entfachen: Völkerverständigung, Fairness und Weltfrieden – alles liegt nun in Hamburgs Händen. Verständlich, dass bei dieser Diskurs-Figur kaum ein Auge trocken bleibt. „Hamburg – Mut zu Visionen" heißt nicht umsonst Neumanns Bestseller aus dem Jahr 2010.

Figur 11: Der Umgang mit Kritik oder wie lassen wir den Hasen wieder verschwinden?

Diese Figur werden wir öffentlich eher selten zu sehen bekommen, denn sie besteht darin, möglichst nicht ausgeführt zu werden. Es ist die Nummer mit dem Hasen, der plötzlich auftaucht und dann wieder im Hut verschwinden soll. Als jemand im Haus des Sports – ein sicherlich mehrheitlich Olympia-nahes Publikum – anführte, dass es aber in der Bevölkerung viele Bedenken und Vorbehalte gegen Olympia gäbe, hat der Sportsenator bereitwillig seinen Zaubertrick erläutert. Indem wir selbst immer wieder sagen, dass die Bürger gegen Olympia eingestellt sind, gibt man ihnen den Eindruck, sie hätten auch einen Grund, kritisch zu sein. So werden Realitäten geschaffen. Der Tipp vom Profi: Möglichst nicht von den Kritiker/innen reden. Interessant an dieser Spiel-Strategie ist, dass die SPD Olympia ergebnisoffen prüfen will. Kritik, Einwände und Gegenargumente verschwinden so mit allerhand Zaubertricks im schwarzen Hut.

nolympia-hamburg.de

Die Olympischen Spiele –
Militär in den Straßen und Soldat*innen in Turnhosen!

Dass olympische Spiele eine Veranstaltung des friedfertigen Wettkampfs seien, dass ein ominöser Geist der Fairness, Völkerverständigung und Friedfertigkeit im Vordergrund stünde, glaubt kein Mensch. Vielmehr bedeuten olympische Spiele eine Militarisierung der inneren Sicherheit und ein Schaulaufen nationaler Wehrhaftigkeit. Das ist keineswegs nur metaphorisch zu verstehen, denn in vielen Mannschaften stellen Soldat*innen einen beträchtlichen Teil des nationalen Kaders.

Der Militarismus der olympischen Spiele, ist so alt wie diese selbst, aber in den letzten Jahrzehnten nutzen Regierungen, in dessen Ländern die Spiele veranstaltet werden, diese gerne für eine zunehmende Militarisierung der öffentlichen Sicherheit. Zuletzt ließ sich dieses Phänomen bei den olympischen Sommerspielen in London eingehend studieren. In diesem kurzen Text soll anhand der Londoner Spiele und anhand der deutschen Sportsoldat*innen der Zusammenhang von Olympischen Spielen und Militarismus illustriert werden.

Das Beispiel London
In Anlehnung an eine Großoffensive der Sicherheitsbehörden nach meherere IRA Anschlägen im Jahr 92/93 nannten die britischen Sicherheitsbehörden das, was sie da um da um die Londoner Spiele herumgezogen hatten einen „Ring aus Stahl“.

Von den 49.000 (!) Uniformierten, die zum Schutz und zur Überwachung der Spiele mobilisiert worden waren, befanden sich 17 000 Soldat*innen. Außerdem 12.500 Polizist*innen, 1000 FBI- und US-Agenten, 4000 Sicherheitskräfte von G4S – 3800 Mitarbeiter des MI5 (englischer Geheimdienst) hatten Urlaubssperre. Zudem lag der mit 203 Metern größte Hubschrauberträger der Royal Navy als Kommandozentrale in der Themse. Außerdem flogen Kampfflugzeuge und -hubschrauber durch die Lüfte und es wurden Boden- und Luftraketen stationiert. Sechs Raketenabwehrgeschosse wurden in Parks und auf Wohnhausdächern im Umfeld der Sportaustragungsstätten installiert. Der ständig über Ostlondon kreisende Kampfhunschrauber machte den Ausnahmezustand perferkt. Gleichzeitig war der Luftraum Londons für Privatpiloten gesperrt, wer durch die Sicherheitszone geflogen wäre, hätte den Abschuss riskiert.

Die Sicherheitskosten der Londonerspiele allein ließ sich der Englische Staat über eine Milliarde Pfund kosten. Im Vorfeld der Spiele wurden in London mehrere militärische Mannöver durchgeführt, um die Stärke der Streitkräfte zu demonstrieren, was den Lebensraum von Millionen Menschen zur Kulisse für das urbane Training der Sicherheitsbehöden degradierte. Damit fand im Rahmen der olympischen Sommerspiele 2012 in London die größte englische Militäroperation seit dem zweiten Weltkrieg statt.

Das Unternehmen G4S stellte 4000 Sicherheitskräfte für den inszenierten Ausnahmezustand in London. Der private Sicherheitskonzern, hat rund 620.000 Mitarbeiter*innen, und ist in über 115 Ländern aktiv. In England hat dieses private Unternehmen mittlerweile weite Teile der früheren Polizeiaufgaben übernommen, außerdem ist es für Abschiebungen zuständig und ist in Gefängnissen vertreten. 2013 machte G4S einen Gewinn vor Steuern und Abschreibungen von 442 Millionen Pfund, umgerechnet 546,4 Millionen Euro.

Die ohnehin schon überbordende Videoüberwachung wurde für Olympia noch weiter ausgebaut. Die Spanne reichte von komplexer Videoüberwachung, die Risiken wie potenzielle Kofferbomben automatisch identifizieren sollte, über Sensoren, die Gifte oder Sprengstoffe erschnüffeln, bis zu fliegenden Drohnen, die Menschenströme überwachen und Verdächtige verfolgen können. Selbst bombensichere Mülleimer hatte die Stadt aufgestellt.

Für die Sicherheitsbranche ist das alles eine große Generalprobe: Was an der Themse funktioniert, das schützt künftig auch andere Großveranstaltungen, wie Industriemessen, Wirtschaftsgipfel, Fußballmeisterschaften und Open-Air-Festivals, Volksfeste oder Kirchentage und lässt die Kasse der Sicherheitsunternehmen klingeln.

Dass auch die Sicherheitsbehörden in Berlin sich diese Chance nicht entgehen lassen werden, sollte Berlin tatsächlich das Olympia-Spektakel aufgedrückt bekommen, zeigt bereits eine Pressemitteiligung der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin (DPolG): „Die DPolG Berlin unterstützt Olympische Spiele in Berlin nicht nur wegen der Innovationskraft und Außenwirkung für die Stadt, sondern auch, weil sie die Chance bieten, die Berliner Polizei personell und in der technischen Ausstattung gebührend zu einer innovativen internationalen Hauptstadtpolizei fortzuentwickeln.”

Soldat*innen in Turnhosen – Die Sportförderung der Bundeswehr
Aber nicht nur außerhalb des Stadions oder auf den Zuschauertribünen ist die Präsenz von Angehörigen des Militärs Normalität. Auch unter den Athlet*innen ist die Zahl der Soldat*innen oder Polizist*innen erschreckend hoch. Von den 391 Sportler*innen der deutschen Mannschaft in London waren 108 (27,6%) bei der Bundeswehr angestellt, 25 waren Angehörige der Bundespolizei (6,4%) und elf waren Polizist*innen der Länder (2,8%). Die Zahlen der vorherigen Spiele in Peking waren ähnlich hoch. Dort waren 29% des Teams Soldat*innen und 3,9% beim ehemaligen Bundesgrenzschutz unter Vertrag. Die Bundespolizei erklärte nach den Londoner Spielen voller Stolz, die Polizist*innen sei die erfolgreichste Berufsgruppe innerhalb der deutschen Mannschaft gewesen.

Zwei Jahre später kamen bei den Winterspielen von Sotschi (2014) die Hälfte der Athlet*innen aus Bundeswehrkasernen. 76 der 152 vom DOSB nominierten Sportler*innen waren Teil der Sportfördergruppen der Bundeswehr. 30 stellte die Bundespolizei und 13 der Zoll. Insgesamt waren somit 80% der deutschen Olympiamannschaft Teil der deutschen Repressionsorgane. Erstmals waren auch drei Teilnehmende der Paraolympischen Spiele bei der Bundeswehr unter Vertrag (2013 wurde ein entsprechendes Rahmenabkommen zwischen der Bundeswehr und dem Deutschen Behindertensportverband unterzeichnet). Auch die Mannschaftsklamotten lieferte, wie schon in Turin 2006 und Vancouver 2010, die Bundeswehr nach Sotschi. Für die Produktion stellte das Militär über 40 zivile Bundeswehrmitarbeiter ab.

Die sogenannte Spitzensportförderung der Bundeswehr wurde für die Männer bereits 1968 vom Bundestag ins Leben gerufen. Frauen werden erst seit 1992 unterstützt. Sie wird von der Streitkräftebasis organisiert. Das ist die Teilstreitkraft der Armee, die für alle militärischen Angelegenheiten an der „Heimatfront“, wie etwa die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inland, zuständig ist. In den 15 bundesweit verteilten militärischen Sportfördergruppen (Davon

eine in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin) werden derzeit 744 Förderplätze, darunter 50 Trainerstellen, für Sportler olympischer und nicht-olympischer Disziplinen und sechs Förderplätze für Behindertenathleten zur Verfügung gestellt. Dazu kommen noch 40 „Dienststellen“ für „Stamm- und Führungspersonal“. Insgesamt lässt sich das Bundesverteidigungsministerium ihre Truppen für körperliche Ertüchtigung 32 Millionen Euro im Jahr kosten. Wer in die Gruppen aufgenommen wird, entscheiden Das Innen-, das Verteidigunsministerium und der Deutsche Olympische Sportbund zusammen.

Die Investition scheint sich im Sinne des Erfinders ausgezahlt zu haben: Bei den vergangenen elf Sommer- und Winterspielen seit 1992 (Barcelona und Albertville) haben Sportsoldat*innen 205 Medaillen (71 Gold/65 Silber/69 Bronze) erkämpft. Laut Bundeswehr sind das 44 Prozent der insgesamt 465 Plaketten für deutsche Athlet*innen.

So heißt es dann auch folgerichtig im nationalen Spitzensportkonzept des DOSB: „Wichtigster Zuwendungsgeber bleibt das Bundesministerium des Innern. Bundeswehr und Bundesgrenzschutz garantieren Athletinnen und Athleten optimale Rahmenbedingungen für ihre leistungssportliche Laufbahn.“ Und IOC-Präsident und Oberkotzbrocken Dr. Thomas Bach erklärt ergänzend in der Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums „Konstant in der Erfolgsspur. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr“, warum auch das Militär davon profitiert: „Weit über die gewonnenen Titel und Medaillen hinaus geben die Erfolge der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein attraktives Gesicht. Sie tragen das Bild einer demokratischen, sympathischen und der Verständigung verpflichteten Bundeswehr in alle Welt. Innerhalb der Bundeswehr dienen die Soldatinnen und Soldaten als hervorragende Vorbilder für Erfolge durch Leistung, Disziplin und Organisationsfähigkeit. Damit fördern sie einen gesunden Patriotismus ohne Nationalismus.“ “
Die Spitzensportförderung ist laut Bundeswehr „unter anderem dadurch legitimiert, dass Erfolge deutscher Athletinnen und Athleten bei internationalen Wettbewerben das Bild Deutschlands in der Welt mitprägen und damit der gesamtstaatlichen Repräsentation dienen“. Angesichts der regelmäßigen Berichterstattung über die Erfolge der Sportsoldat*innen in der hauseigenen Wochenzeitung des Bundesverteidigungsministeriums, „aktuell“, tragen diese auch zur psychologischen Stärkung des Korpsgeistes bei. Nach außen betreiben die Militär-Athlet*innen natürlich Werbung für den „Arbeitgeber Bundeswehr“. So sind sie vertraglich angehalten, dass Bundeswehr-Logo auf ihrer Freizeit- und Sportkleidung „z.B. bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten“ und seit 2000 auch bei Olympia „deutlich sichtbar zu tragen“.
Neben Deutschland praktizieren solche Modelle übrigens auch Österreich, die Schweiz, Italien, Frankreich, China, Russland, die Ukraine, Slowenien, Schweden, Lettland, Litauen, Slowakei, Finnland, Norwegen, Rumänien, die USA, Japan und Spanien.

Die Propaganda, ehemals militarisierte olympische Spiele seien einem modernen zivilen Wettkampf gewichen, ist eben nichts als Propaganda. In ihrer gesamten Geschichte waren die Spiele von Nationalismus und Militarismus geprägt. Und auch die Spiele 1936 in Berlin sind keineswegs ein „Unfall“ der olympischen Sportgeschichte gewesen, sondern verkörperten Olympia so wie es sich selbst verstand. Baron Pierre de Coubertin, Grundüngsmitglied des IOC und dessen erster Generalsekretär konnte sich seinerzeit kaum einkriegen vor Begeisterung gegenüber den Nazispielen: In einer Rundfunkvortragsreihe fürs Propagandaministerium verkündete er: „Das erste und das wesentlichen Merkmal des alten wie des modernen Olympismus ist: eine Religion zu sein. Durch Leibesübungen formte der Wettkämpfer der Antike seinen Körper wie der Bildhauer seine Staue und „ehrte dadurch seine Götter“. Der Wettkämpfer der Neuzeit, der gleiches tut, erhöht damit sein Vaterland, seine Rasse, seine Fahne. (…) Das zweite Merkmal des Olympismus ist, daß er Adel und Auslese bedeutet, aber wohl verstanden einen Adel der von Anfang an vollkommene Gleichheit bedeutet, der nur bestimmt wird durch die körperliche Überlegenheit des einzelnen (…) Aber eine Auslese zu sein genügt nicht, sie muss mit Ritterlichkeit verbunden sein. Ritter sind vor allem „Waffenbrüder“, tapfere energische Männer.“

Da hilft nur eins:
Olympia verhindern – IOC zerschlagen!

Über das Leben in Dresden

Nachdem die Stadt Dresden mit dem Aufkommen der PEGIDA-Demonstrationen weit über Sachsens Ländergrenzen hinaus bekannt geworden ist, sind die Zeitungen nicht nur hierzulande voll mit Stellungnahmen und Erklärungsversuchen aus Politik, Wissenschaft und Kultur. Auf einmal, so der Eindruck, fühlt sich jede Person bemüßigt, ihre Sicht auf die Dinge zu schildern. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kommen in der vor allem medial geführten Auseinandersetzung allerdings fast ausschließlich weiße Deutsche zu Wort. Viel zu selten findet die migrantische Perspektive in der Betrachtung zu PEGIDA Gehör.

Aus diesem Grund hatten wir uns schon vor einigen Wochen mit einer in Dresden lebenden jungen Frau unterhalten, die sich, im Unterschied zu den wenigen in der Stadt lebenden geflüchteten Menschen, aus freien Stücken dafür entschieden hat, hier ihren neuen Lebensmittelpunkt zu suchen. Ihre Eindrücke und Erlebnisse sollen einen Eindruck davon geben, welche Rolle Rassismus und ausgrenzendes Verhalten im Alltag von Migrantinnen und Migranten spielen.

Hi Asha, wie hat es dich nach Dresden verschlagen?
Asha: Ich bin im August 2011 aus Indien hergezogen. Aber ich war davor auch schon zweimal hier, 2009 und 2010.

Wie war es für dich 2011 herzuziehen?
Asha: Ich bin wegen der Liebe hergezogen. Es war schön und meine Schwiegereltern haben mich sehr gut aufgenommen und haben mir bei allem geholfen. Freunde und Bekannte hatte ich hier schon, ich kannte schon die Freunde meines Mannes und einige Studenten, die ich in Indien kennengelernt hatte. So hatte ich hier auch schon vor dem Studium einen kleinen Freundeskreis. Während einem fünfmonatigen Intensivkurs Deutsch habe ich dann weitere Leute kennengelernt, das war sehr gut. Inzwischen studiere ich auf Lehramt und nach meinem Studium möchte ich hier unterrichten und leben.

Wie ist es, wenn du hier in der Stadt unterwegs bist? Wie fühlst du dich wahrgenommen?
Asha: Am Anfang habe ich mehr sehr gut gefühlt, da alles hier so grün war und schön und ich viel zu entdecken hatte. Ich war begeistert. Schwierig fand ich nur so Sachen wie das Einkaufen beim Bäcker und so etwas. Da hat mir anfangs ein bisschen das

Selbstvertrauen gefehlt. Bei Telefonaten war das ähnlich. Ich habe mich auch immer sehr gefreut, wenn ich andere Leute aus Indien gesehen habe. Dann hatte ich sofort das Gefühl, ok, ich bin hier nicht alleine. Ich bin auch von Anfang an immer sehr offen auf die Leute zugegangen und habe "Hallo" gesagt, wie ich es aus der Stadt kannte, aus der ich komme. Das hat hier aber nicht immer funktioniert.
Aber jetzt, seit PEGIDA seit einigen Wochen läuft, fühle ich mich nicht mehr so wohl. Vorher habe ich mich gar nicht unbedingt als Ausländerin gesehen, sondern zuallererst als Mensch. Das hat sich verändert. Jetzt habe ich den Eindruck, dass die Gesellschaft hier zweigeteilt ist. Es sind auch in der Vergangenheit und neulich Sachen passiert, die mir gezeigt haben, dass ich hier von einigen nicht so gern aufgenommen werde.

Erlebst du dabei offene Anfeindungen?
Asha: Naja, nicht so oft, aber ich habe das schon erlebt. Manchmal ist es sehr sehr offen und manchmal auch nicht. Einmal in einer Straßenbahn am Abend war ich mit meinem Mann unterwegs. Die Bahn war ziemlich voll und ich wollte mich hinsetzen und dabei hat jemand den Sitz blockiert und gesagt: "Nur für Deutsche." Sie waren vielleicht vier Leute und haben dann auch noch gelacht. Ich wusste überhaupt nicht, wie ich damit umgehen sollte. Und niemand der Umstehenden hat darauf reagiert. Nur so: "Er meint das doch nicht so." und das kam auch nur von ein oder zwei Leuten und auch nur ganz leise. Ich habe mich dann irgendwie darauf eingelassen und gesagt: "Ich weiß, dass ihr das nicht so meint, ist OK." und habe versucht, weiter freundlich zu sein. Das war so ein bisschen meine Schutzreaktion. Mein Mann und ich waren geschockt, dass niemand sonst reagiert hat. Wir haben uns bedroht gefühlt, dann haben diese Leute noch Nazigrüße dazu gemacht und wir hatten das Gefühl, dass niemand uns helfen würde, selbst wenn es um unser Leben ginge. Solche Erlebnisse traumatisieren einen, und man fährt danach anders Straßenbahn.
Und dann neulich, vor zwei Wochen etwa, bin ich nach Hause über einen ruhigen Parkplatz gelaufen und auf einmal explodierte hinter mir ein Böller oder so etwas. Ich hatte mich furchtbar erschrocken und hatte auch einen Schock und versuchte, Leute anzusprechen, aber deren Autofenster waren zu und sie haben mich gar nicht gehört. Ich hatte starke Schmerzen im Ohr und es war auch niemand weiter dort und erst zu Hause konnte mich mein Mann beruhigen.
Ich kenne aber auch andere Leute, die so etwas erlebt haben. Zum Beispiel zwei junge Asiaten die ich gesehen habe, auf der Straße die hoch zur Uni führt. Die hatten einen großen Koffer dabei und plötzlich schreit die junge Frau auf und fängt an zu weinen und beginnt, sich mit ihrem Begleiter zu streiten. Eine Person kam zügig an mir vorbeigelaufen und ich bin zu den beiden gerannt, weil irgendetwas nicht richtig war. Und dann hat mir dieses Mädchen in gebrochenem Deutsch erzählt, dass der Mann der eben an mir vorbeigekommen war, ihren Arm ganz dolle verdreht hat und gesagt hat "Geh zurück nach Hause." Sie hat stark geweint, weil sie wahrscheinlich noch Schmerzen hatte und hat vermutlich ihrem Begleiter Vorwürfe gemacht hat, weil er nichts getan hat.
Abgeschwächt passiert es mir manchmal zum Beispiel im Supermarkt, wenn ich merke, dass die Kassiererin zu den anderen Kunden freundlich ist und zur mir plötzlich nicht mehr. So kleine Sachen, dass sie mir den Gruß oder das Guten Morgen verweigert und wahrscheinlich denkt, sie müsse es nur minimal machen. Manchmal merke ich so etwas, aber das kann ja verschiedene Ursachen haben.

Und wie würdest du das Klima an der Universität einschätzen? Schließlich verbringst du ja auch sehr viel Zeit dort.
Asha: Das Klima an der Uni gefällt mir und ich nehme meine Teilnahme an Kursen als sehr bereichernd für mich war. Dort fühle ich mich wohl. Aber in einigen Seminaren fällt mir eine etwas einfache Sicht auf die Dinge bei einigen Kommilitonen auf. Zum Beispiel wenn es um verschiedene Kulturen geht. Oder auch um Religion, dann merke ich einfach, dass wir noch nicht so viel voneinander wissen und wir auch vom Wissen der anderen profitieren können. Die Uni ist im Großen und Ganzen ein Ort an dem ich mich wohlfühle.

Nach Vorfällen wie diesem Böllerwurf, bewegst du dich da jetzt anders auf der Straße?
Asha: Ja, also ich fühle jetzt, dass ich Ausländerin bin und dass man mir das gleich ansieht. Ich frage mich jetzt auch immer, was denn die Leute über mich denken. Vorher dachte ich, dass es in der Wahrnehmung keinen Unterschied gibt und Menschen als Menschen gesehen werden. Und jetzt mit den 15.000 Demonstrierenden [von PEGIDA], frage ich mich manchmal, ob einzelne Personen denen ich begegne, nicht auch deren Ansichten teilen. So bin ich zuerst einmal traurig. Aber auch vorsichtiger wenn ich an Gruppen von Leuten vorbeigehe die laut reden und so. Dann mache ich mir schon Gedanken, was diese Leute für Einstellungen haben könnten. Außerdem lastet auch ein gewisser Druck auf mir und ich fühle mich als Repräsentantin der hiesigen Ausländer und mache mir Gedanken darüber, wie der Eindruck den die Leute von mir haben, den Blick auf andere Ausländer beeinflussen könnte. Und dabei bin ich schon privilegiert, weil ich die Sprache spreche.
Ein anderes Thema, was ich oft von ausländischen Freunden hier höre ist, dass sie von der Polizei sehr häufig kontrolliert werden. Am Bahnhof vor allem. Ich kenne da ein Mädchen, die aus Indien hier war, die wurde nicht nur kontrolliert von der Polizei, sondern sie haben ihr auch viele Fragen gestellt. Wieso sie denn alleine reise und wo sie überall war und solche Sachen. Ein junge Frau hier würden sie niemals danach fragen. Die hat die Polizei hier total verdächtigt, vielleicht dass sie Prostituierte sei oder so etwas. Dabei ist sie nur in ihren Semesterferien herumgereist. Als ob eine Frau aus Indien nicht alleine reisen könnte. Das hat mich echt aufgeregt. Weißt du, sie nimmt sich diese Freiheit, was sehr mutig und toll ist, und wird dafür ewig lange von deutschen Polizisten befragt, und das, obwohl sie nur wenig Deutsch spricht. Fast alle von meinen Freunden berichten von solchen Ausweiskontrollen. Ich habe es auch selbst erlebt, ich war nur mit meinem Partner für kurze Zeit auf dem Bahnhof und er ist zum Ticketautomat gegangen, da kamen schon zwei Beamte auf mich zu gelaufen, weil ich alleine stand. Und als mein Mann dann wieder bei mir aufgetaucht ist, haben sie eine 180 -Drehung gemacht und sich in die entgegengesetzte Richtung entfernt.

Möchtest du sonst noch etwas loswerden?
Asha: Ich finde es toll, dass so viele Leute sich auch für ein weltoffenes Dresden einsetzen. Und ich komme eben aus einem Ort, wo viele Religionen, Sprachen und Denkweisen nebeneinander existieren. Ich habe das immer als bereichernd empfunden, man hat viel voneinander gelernt und miteinander gefeiert. So eine Offenheit würde ich mir auch für Dresden sehr wünschen, einfach dass Vielfalt als Bereicherung empfunden wird.

addn.me.

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

21.12.2014 Gegen jeden Arbeitszwang! direkte Aktion in Hamburg Wilhelmsburg

Am 21.12.2014 haben wir das Jobcenter Hamburg Wilhelmsburg mit Farbeiern angegriffen und mit der Parole "Für ein bedingungsloses Grundeinkommen" versehen! Unsere Aktion verstehen wir als Hinweis darauf, dass es Heute - genau ein Jahr nach der großen Rote Flora // Esso Häuser // Lampedusa in Hamburg Demo am 21.12.2013 in Hamburg und 10 Jahre nach der Einführung von Hartz IV noch immer genügend Gründe gibt, die herrschenden Zustände mit direkten Aktionen zu kommentieren!
Es leben viele Menschen auf den kalten Straßen,haben keine Aufenthaltsgenehmigung, kein Recht auf Wohnen, kein Recht auf Arbeit; sind somit ohne jede legale Möglichkeit, sich ihren Lebenunterhalt in einer streng nach Profit orientierten Großstadt selbst zu sichern. Die Menschen werden in "verwertbar" und "nicht-verwertbar" eingeteilt, in "gute/brauchbare Ausländer" und "schlechte, zur Last liegende Ausländer" oder als arbeitsscheue faule Arbeitslose abgestempelt. Wer arm ist, soll keine Teilhabe am urbanen, gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben in Hamburg haben - Ausgrenzung in jedem Lebensbereich ist die Folge.

Das kapitalistische Verwertungssystem, das Allem zu Grunde liegt, spiegelt sich insbesondere auch im Hartz IV Gesetz und der repressiven Praxis der Jobcenter wider!

Weg mit jedem Arbeitszwang! Weg mit Hartz IV!

Für die Überwindung des Kapitalismus! Recht auf Stadt und gesellschaftliche Teilhabe für alle!

Kommt zur Demo "Never mind the papers" am 31.1.15 -
13 Uhr Landungsbrücken HH

26.01.15 Outing von AfD Kandidaten in HH - KNOW YOUR ENEMY -

Demos der Rassist_innen von Pegida und Konsorten, Hogesa und AfD angreifen, keine Ruhe den Hetzer_innen an ihren Wohnorten! Heute Nacht (26.1.2015) haben wir die Wohnhäuser von drei Funktionären der AfD Hamburg farblich markiert:

- Dirk Nockemann, Billwerder Straße 7b
(Landesliste Nr. 3)
- Bernd Baumann, Trenknerweg 111
(Landesliste Nr. 2)
- Stephan Zieriacks, Pinnasberg 39
(Landesliste Nr. 29)

Die AfD in Hamburg, in deren Reihen sich unter anderem fünf ehemalige Schillabgeordnete, ein NPD Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl 2011 und diverse Nasen tummeln, die am Hogesa Aufmarsch in Köln teilgenommen haben, setzt im Hamburger Wahlkampf auf die Rassismus- und Law-and-Order-Karte. Sie folgt den Vorgaben der Bundes AfD, deren Führungskräfte Lucke, Petry und Gauland die Pegidabewegung als natürliche Verbündete bezeichneten, ihre Forderungen als legitim und offensichtlich inhaltlich übereinstimmend mit dem AfD Programm einordneten.
In Hamburg stellte der AfD Landesvorstand Strafanzeige wegen des Verdachts der Beihilfe zu Ausländerstraftaten gegen die Intendantin des Kampnageltheaters. Sie hatte sich für ein Winternotprogramm für Menschen aus der Lampedusagruppe auf dem Kampnagelgelände eingesetzt. Hier trat besonders der ehemalige Büroleiter Schills, Nockemann, hervor. Dieser hat seine rassistische Gesinnung schon als Mitarbeiter der Ausländerbehörden Mecklenburgs und für die Dauer von acht Monaten in der Rolle eines Hamburger Innensenators ausgelebt.



Bernd Baumann will hunderte zusätzlicher Bullen, weil er hier in Hamburg die Hochburg des Linksextremismus sieht, dessen Gewalt eine Blutspur durch die Stadt ziehe, Hamburg sei das Tor zum Verbrechen.
Wir werden diese Rassist_innen im Auge behalten.

Diese Aktion supportet die Recht auf Stadt - never-mind-the-papers Demonstration am 31.1.2015 13 Uhr Landungsbrücken.

Bleiberecht für die Lampedusagruppe erkämpfen.

03.02.15 Jede Räumung hat ihren Preis! Farbangriff auf die Geschäftsstelle des „Bauverein Reiherstieg“ in Hamburg- Wilhelmsburg!

Am 26.01.2015 wurde Heiko aus seiner Wohnung im Otterhaken 10 in Hamburg- Wilhelmsburg Zwangsgeräumt. Er war der

:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

Genossenschaft „ Bauverein Reiherstieg“ schon länger ein Hinderniss aufgrund seines Einsatzes gegen Mieterhöhungen und für mehr Mieter_innenbeteiligung. Da Heiko seine Miete mehrfach verspätet gezahlt hat sollte er jetzt raus.
Dies haben rund 200 Unterstützer_innen probiert zu verhindern. Gut 90 Minuten verzögerte sich die Zwangsräumung. Leider haben es die Bullen mit Hilfe des BFEs dann durch den Hintereingang des Gebäudes reingeschafft, das Treppenhaus was von Unterstützer_innen blockiert wurde ist dann gewaltsam geräumt wurden. Das alles im Auftrag des „Bauverein Reiherstieg“ .



Am 26.01. hatte die Geschäftstelle aus Sicherheitsgründen geschlossen gehabt. Tage vor und nach der Räumung hielten sich noch Objektschützer abwechselnd dort auf. Seit ein paar Tagen gab es dann wohl die Einschätzung das kein Objektschutz mehr nötig ist, aber das war wohl nichts. Den in der Nacht vom Dienstag 03.02.15 auf Mittwoch 04.02.15 haben wir mit 6 Farbkugeln die Fassade der Geschäftstelle „Bauverein Reiherstieg eG“ (Georg-Wilhelm-Straße 127a in Wilhelmsburg) verschönert..



Wir möchten uns mit dieser Aktion Solidarisch zu Heiko und allen anderen die von Zwangsräumung betroffen sind es schonmal waren oder es sein werden zeigen!

Jede Zwangsräumung muss auf allen Ebenen mit allen Mitteln verhindert werden!
Wir hoffen das der „Bauverein Reiherstieg“ keine Zwangsräumung mehr durchziehen wird, wenn doch kommen wir wieder!

Anti-Zwangsräumungs Gruppe

22.02.15

vergammelter porresuppe anschlag auf den eingangsbereich von kauf dich glücklich (schulterblatt)

22.02.15 NOLYMPIA Aktion

Am 22.02. haben wir dem werbepartner der hamburger olympiabewerbung, jung von matt, mit farbe und steinen die fassade versaut. ob hamburg oder berlin: nolympic city. gegen ioc bonzen und ihre handlanger!

BIJI BERXWEDANA KOBANE! Es lebe der Widerstand von Kobane! BIJI RIZGARIYA KOBANE! Es lebe die Befreiung von Kobane!

Im Widerstand der kurdischen Bewegung ist es nach monatelangen Kämpfen gelungen, die Stadt Kobane von Kämpfern des Islamischen Staates zu befreien. Möglich war dies in erster Linie durch den entschlossenen und – wir sagen ganz bewusst: heldenhaften! Einsatz der YPG und YPJ. Aber auch die ungebrochene Solidarität der kurdischen Bevölkerung und ihrer Organisationen in der Region und weltweit, die international auf den Straßen ausgedrückte Solidarität und nicht zuletzt die Aufstände in weiteren Teilen Nordkurdistans haben ihren Teil dazu beigetragen.
Die Botschaft des unbeugsamen Willens zur Selbstbestimmung hat die Weltöffentlichkeit erreicht! Bisher inszenierte sich der Islamische Staat fast filmreif als dschihadistische Supermacht – allerdings in Gebieten, in denen die staatliche und soziale Ordnung bereits zerstört war. Ausgerechnet von Kräften, die gerade erst den Aufbau selbstverwalteter Strukturen begonnen hatten, wurden ihm nun Grenzen gesetzt.
Auch wenn die Symbolik nicht unterschätzt werden darf und der Sieg Kobanes unvergessen bleibt: Die Befreiung Kobanes ist der erste Schritt. In der ganzen Region geht es um die Eroberung und Verteidigung von Basisdemokratie, Säkularität und Emanzipation von feudalen und patriarchalen Strukturen. Und somit ist der Kampf um Rojava ein Kampf für uns alle.
Unsere Solidarität ist weiterhin dringend nötig! Ein wichtiger Schritt für die kurdische Bewegung und unsere Zusammenarbeit mit ihr, ist die Aufhebung des Verbotes ihrer Organisationen. Dass trotz der Einsicht, dass es ohne die lange Erfahrung der PKK kein Projekt Rojava, keinen Sieg in Kobane und kein Sieg über den IS gegeben hätte, an diesem Verbot von Seiten der Regierungen Europas festgehalten wird, ist nicht hinzunehmen. Deswegen bleiben wir dran: Weg mit dem Verbot der PKK!
Auch wird es weiterhin wichtig sein, dass wir die Volksverteidigungskräfte unterstützen, ob sie nun in Kobane, in Cizire oder in Sengal kämpfen! Daher bleiben wir dabei: Solidarität mit Rojava! Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt!
Das Engagement für gesellschaftliche Veränderungen wird in Europa nur dann eine Chance haben, wenn es sich mit den emanzipatorischen Kämpfen weltweit verbindet. Und unsere Solidarität wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir sie als Teil unserer politischen Praxis vor Ort begreifen.
In diesem Sinne: Hoch die internationale Solidarität!
Wir grüßen die Kämpfer und Kämpferinnen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte!

Interventionistische Linke, 31. Januar 2015

500 in Kiel auf der Straße gegen das PKK-Verbot

Am gestrigen Samstag, 7. Februar 2015 beteiligten sich in Kiel zeitweise bis zu 500 Menschen an der Demonstration „Solidarität mit dem revolutionären Aufbau in Kurdistan – Weg mit dem Verbot der PKK!" zu der das Kobanê Solidaritäts-Komitee Kiel unterstützt von 18 Gruppen und Organisationen aus dem norddeutschen Raum aufgerufen hatte. Die Demonstrant_innen sammelten sich ab 14 Uhr zur Auftaktkundgebung auf dem zentralen Asmus-Bremer-Platz und zogen anschließend durch die Kieler Innenstadt mit einer Zwischenkundgebung auf dem Berliner Platz zum Hauptbahnhof, wo die Demo gegen 16.30 Uhr zu Ende ging.

Bereits im Vorfeld musste erwartet werden, dass sich eine Demonstration, die sich explizit gegen das in Deutschland im Jahre 1993 erlassene Betätigungsverbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre Denunziation auf der EU-Terrorliste richtet, von den Repressionsbehörden zum Anlass genommen werden könnte, ein Gerangel um das Zeigen vermeintlich oder tatsächlich kriminalisierter Symbole der kurdischen Bewegung zu veranstalten. Diese Befürchtung bestätigte sich. So wurde dem Anmelder noch vor dem eigentlichen Beginn der Auftaktkundgebung damit gedroht, das Loslaufen der Demo zu behindern, wenn etwa ein Plakat gezeigt werden würde, mit dem in den vergangenen Wochen für die Demo mobilisiert wurde und das einen halben roten Stern auf gelben Grund mit grüner Umrandung zeigt. Dies wurde von der Polizei, darunter auch der vor Ort anwesende Staatsschutz, als PKK-Symbol interpretiert. Mit selbiger Begründung nahm sie die Personalien eines Aktivisten auf, der Flyer an Passant_innen verteilte und kündigte ihm sowie dem Fahrzeughalter des Laustsprecherwagens die Einleitung von Strafermittlungsverfahren an. Um die planmäßige Durchführung der Veranstaltung nicht zu gefährden und einer möglichen Eskalation entgegen zu wirken, beugten sich die Organisator_innen schließlich der erzwungenen Zensur und machten entsprechende Symbole etwa am Lautsprecherwagen unter Protest unkenntlich.
Die anschließende Demonstration selbst verlief dann störungsfrei und die Polizei hielt sich weitestgehend im Hintergrund. Die Stimmung wurde im Laufe der Route, insbesondere beim Passieren der Fußgängerzone in der Holstenstraße, stetig besser und lauter. Zudem hatten die Einschüchterungsversuche der Polizei zu Beginn der Demo anscheinend nur wenig Wirkung entfalten können, so dass in dem optisch ansprechenden bunten Fahnenmeer auch immer wieder solche Symbole auftauchten, die nicht der repressiven Gesetzeslage entsprechen. Beim Zulauf auf den Hauptbahnhof zum Ende wurde etwa an der Demospitze minutenlang der PKK-Stern in seiner vollen, unhalbierten Pracht und nicht zu übersehenden Größe gezeigt.
In den hauptsächlich in deutscher, aber auch in kurdischer Sprache gehaltenen Redebeiträgen wurde die Geschichte des PKK-Verbots, die daraus resultierende Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland und seine in den deutsch-türkischen Beziehungen verankerten bündnisstrategischen und geopolitischen Hintergründe thematisiert. Zudem gingen Redner_innen auch auf die erst vor wenigen Wochen vermeldete Befreiung Kobanês von den fundamentalistischen Schlächtern des „IS", die starke kurdische Frauenbewegung als zentrale Säule des theoretischen und praktischen Konzepts des Demokratischen Konföderalismus und seine Umsetzung in Form der Revolution im syrisch-kurdischen Rojava ein.
Anlass der Demo war der 16. Jahrestag der Entführung und Festnahme Abdullah Öcalans im Februar 1999 – Gründungsmitglied, Vorsitzender und wichtigster Theoretiker der PKK, der seitdem in der Türkei in Isolationshaft sitzt. Die Aktion in Kiel reiht sich ein in eine Vielzahl von Aktivitäten gegen das PKK-Verbot und für die Freiheit Öcalans in den kommenden Wochen. Nächsten Samstag etwa findet im französischen Straßburg eine internationale Großdemonstration statt, in der Woche darauf wird in Berlin demonstriert werden um der be-

vorstehenden Bundestagsinitiative der LINKEN gegen das PKK-Verbot den nötigen Druck der Straße mit auf den Weg zu geben.
Insgesamt konnte mit der gestrigen Demonstration die lokale Zusammenarbeit von kurdischen und nicht-kurdischen Linken auch über die zahlreichen erfolgreichen Mobilisierungen und Veranstaltungen in Solidarität mit dem Widerstand Kobanês hinaus weiter intensiviert werden und die Forderung nach der sofortigen Aufhebung PKK-Verbots in die lokale öffentliche Debatte eingebracht werden. Die Beteiligung war zwar nicht überwältigend, aber auch angesichts der expliziten Kernforderung durchaus zufriedenstellend und die Demonstration trat trotz der Polizei-Schikanen selbstbewusst und lebendig auf. Auch auf die zukünftige Kieler Solidaritätsarbeit mit der kurdischen Befreiungsbewegung lässt sich also optimistisch blicken.



Wem nützt ein bügerlicher Internationalismus oder von der Notwendigkeit Abstand zu halten

Seit dem Angriff des Islamischen Staats (IS) auf Kobane in Nordsyrien wird in der Hamburger Linken verstärkt für eine Unterstützung der kurdischen YPJ Einheiten (einer Schwesterorganisation der türkisch-kurdischen PKK) geworben. In der Flora wird auf Infoveranstaltungen für Waffen gesammelt. Auf den Plakatwänden der Flora wird der siegreiche Abwehrkampf beschworen. In der Zeck Nr. 184 vom Januar 2015 wird unter „Kurdistan, Syrien und islamischer Fundamentalismus: die linke Lethargie überwinden“ ebenfalls „Solidaritäts-Arbeit zu Rojava“ (kurdisch Nord-Syrien) gefordert.
Was dies mit einer linken auf revolutionäre Veränderung zielenden Perspektive oder einer umfassenden Befreiung/Emazipation zu tun hat wird nicht deutlich. Ein paar Argumente: Die PKK und ihre Schwesterorganisation stehen für einen autoritären, staatsorientierten Befreiungsnationalismus. In den letzten Jahren versucht sich die PKK in den türkischen Staat zu integriern. Eine sozialistische gar sozialrevolutionäre Umgestaltung steht nicht auf der Agenda, vielmehr geht es um kulturelle Autonomie, sprich das normale bürgerliche Programm einer staatsorientierten nationalen Minderheit. Ähnlich geht die YPJ im nordsyrischen Kustian vor. Bis zur Eskaltion durch den Islamischen Staat (IS) bestand mit dem Assad Regime wegen und trotz des innersyrischen Bürgerkrieges die taktische Übereinkunft, sich wechselseitig nicht anzugreifen. Stattdessen wurden unter Führung der kurdischen Partei Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut. Eine sozialistische Umgestaltung, eine umfassende Frauenbefreiung oder die Auflösung der nachfeudalen Bodenordnung wurden bewusst nicht angegangen. Denn dies würde das klassenübergreifende Bündnis in der kurdischen Gemeinschaft und darüber hinaus gefährden.
Das taktische Arrangement mit dem Assad-Regime und die defensive Bündnispolitik muss mensch nicht perse kritisieren. Dies stellt jedoch keine linke, geschweige denn eine linksradikale Politik dar und hat auch keine Perspektive sich zu einer solchen zu entwickeln. Auch die überregionale Bündniskonstellation spricht gegen eine Unterstützung durch die Linke in Deutschland. Der IS wird durch eine Koaliation reaktionärer arabischer Regime und der wichtigsten Nato-Staaten bekämpft. Die Kurden werden in ihrem Abwehrkampft von diesem Bündnis mit Waffen, Ausbildern und koordinierten Luftangriffen unterstützt. Bei den arabischen Staaten, sozial ähnlich reaktionär wie der IS, geht es um die Aufrechterhaltung des Status Quo der jeweiligen Herrschaftsclique, bei den Nato-Staaten nach den außer Kontrolle geratenen Bürgerkriegen im Irak und Syrien um die Sicherung der Ölressourcen im Nord- und Südirak und die Wiederherstellung der politisch-militärischen Hegemonie im Nahen Osten.
Seit wann steht für die Metropolenlinke der imperialistische Hauptfeind nicht mehr im eigenen Land? Wie kann eine Bündniskonstellation unterstützt werden, die eindeutig imperialistischen Zwecken dient bzw. der eigentliche Grund für die derzeitige Kriegskonstellation sind? Ja, vor Ort gibt es einen real notwendigen Abwehrampf gegen einen reaktionären, terroristischen Angreifer namens IS. Die Kampfperspektive der YPJ/PKK ist jedoch nicht mehr als eine bürgerliche verstaatlichte Gesellschaft. Deshalb ist die Bündnis-Konstellation mit den Nato-Staaten und das Arrangement mit dem neo-liberal islamistsichen Erdogan Regime in der Türkeit auch folgerichtig. Noch mal gefragt, warum und mit welcher Perspektive soll dies von (radikalen) Linken aus den Metropolen untertstützt werden?
Insofern handelt es sich nicht um eine „Lethargie“ linker Politik wie im Zeck-Beitrag betitelt, sondern um den notwendigen Abstand von einer Kofliksituation in der für Linke nichts zu holen ist, außer Schritt für Schritt die Suche nach der eigenen linken Praxis aufzugeben und sich in den herrschenden Konsens zu integrieren. Wie dies geht haben die Antideutschen vor mehr als 10 Jahren mit ihrer Unterstützung der „Kriege gegen den Terror“ von Bush Junior in Afgahnistan, Irak und anderswo vorgemacht. Dass es in vielen realen Konfliktsituationen keine linke Perspektive gibt kann schmerzhaft sein, der direkte Ausweg vermeintlicher Solidarität hilft jedoch nicht weiter.
Kollektive Organisationsräume wie die Flora sollten sich die Frage stellen bzw. in den Streit einsteigen, warum sie solchen bürgerlichen Politikkonzepten Raum bgeben. Die Kampagenen zur Untestützung von Rojava bzw. von Waffen für die YPJ könnten reflektieren, wie sie für ihre Sache sprechen. Fast ausschließlich wird mit Bildern von heldenfaft posierenden Frauen mit einem Gewehr im Anschlag geworben. Hat das einen besonderen Appeal? Teilweise sind die Frauen noch mit einem hippihaften Strahlenkranz versehen. Braucht es religiöser, militaristischer oder auch geschlechtlicher Symbole um die inhaltliche Leere zu überdecken? Was ist daran nicht reaktionär? Oder ist diese Symbolik Ausdruck der politischen Trostlosigkeit der Metropolenlinken und einer romantischen Faszination und Flucht ins wilde Kurdistans?
Was dagegen immer wieder versucht werden sollte sind die Reflektion von Widersprüchen, eine kritische Auseinandersetzung und die fortgesetzte Suche nach einer praktischen Politik für eine befreite Assoziation.

der Viertellinke

Flora Termine März/April

So 01.03. 19 Uhr
"Zinsen, Zocker, Zionisten":
Zum reaktionären Weltbild des regressiven Antikapitalismus
Aufftakt zu: "All my friends are debt. Veranstaltungsreihe zu Krise, Austerität und Widerstand". 4 Termine bis zum 14. März.

Di 03.03. 19 Uhr
"Ten years later":
Dortmund, Naziterror und antifaschistische Gegenwehr
Zur Naziszene in Dortmund und der überregionalen Antifa-Demo am 28. März zum Gedenken an Thomas "Schmuddel" Schulz, der vor 10 Jahren von einem Nazi ermordet wurde.
Mit Referent*innen der "Antifaschistische Union Dortmund".

Do 05.03. 19 Uhr
Von Heuschrecken und Rehen. Oder: Wie das Verhältnis von Finanzkapital und Industriekapital wirklich ist
In: "All my friends are debt. Veranstaltungsreihe zu Krise, Austerität und Widerstand"

Sa 07.03. 23 Uhr
Konzert
Bass Forward The Revolution meets Hibration Soundsystem!

So 08.03. 17 Uhr
Konzert
Whorls + weitere Band

Do 12.03. 20 Uhr
Konzert
Reason To Care + Via Fondo + Lirr

Fr 13.03. 23 Uhr
Party
We love the 80s & 90s

Fr 20.03. 20 Uhr
Konzert
Soli für Flora baut.
Abest + weitere Bands

Sa 21.03. 18 Uhr
Konzert und Party
RAK Spektakel für Lampedusa in HH
U.a. mit: Anderersaits, Dampf in allen Gassen, Des Wahnsinns fette Meute, Faulenza, Früchte des Zorns, Geigerzähler, Hannes vorm Zaun, Hörzu!, Konny, Rest in Risiko, sophia mix, Song X, Tintenwolf + Sahara B, Treibsand, Wundabunta Straßenpunk, Zeitbombe Armut, die RAK als Ganzes.

So 29.03. 16 Uhr
Konzert
Red Apollo + Hell & Back + Perfect Youth + Death Hoax

Di 31.03. 21 Uhr
Konzert
Eagle Twin + Uzala

Fr 03.04. 18 Uhr
Konzert und Party
Bananenterz-Festival

Mi 08.04. 21 Uhr
Konzert
Nihil Baxter (Abschieds-Tour) + Danger! Danger!



Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!